

Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der wertfälligen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsstellige Postzeit oder deren Raum 30 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Pfg., auswärtige Anzeigen 35 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 234.

Freitag, den 5. Oktober 1917.

24. Jahrg.

Keinen Winter mehr in den Schützengräben!

Die große Friedensrede des Grafen Czernin in Budapest zieht zum ersten Male alle Folgerungen aus dem „neuen Geist“, von dem in der deutschen Antwort an den Papst die Rede ist, vom Geist der Völkerveröhnung, statt des Völkerrachses. Graf Czernin legt dar, daß die Abrüstung kommen werde, weil sie kommen müsse; die durch den Krieg fürchterlich geschwächten Völker würden die Rüstungslasten nicht mehr zu tragen vermögen. Denn die Rüstungen wie vor dem Kriege hätten sich ja als gänzlich unzulänglich erwiesen; wollte man ernsthaft auf einen neuen Krieg rüsten, so müßte man zehnmal so viel Soldaten haben, zehnmal so viele Kriegsschiffe und Kanonen bauen. Darum werde unabhängig vom Willen des einzelnen die allgemeine, fortschreitende internationale kontrollierte Abrüstung kommen und statt der Gewalt an das Schiedsgericht appelliert werden müssen. Dazu sei im Augenblick notwendig der Verzicht auf alle Gebietserweiterungen und territorialen Erwerbungen, den Graf Czernin für Oesterreich-Ungarn ausspricht, und das Falllassen jedes Revanchegedankens. Unter ungarischen Parteiführer nennt diese Rede Czernins nicht mit Unrecht die erste wirkliche Friedensrede. Sie ist in der Tat die erste öffentliche Erklärung eines Staatsmannes während des Weltkrieges, die ganz ohne Klanseln und Vorbehalte das Friedensprogramm der Sozialdemokratie annimmt. Neu sind Czernins Worte also nur im Munde eines verantwortlichen Staatsmannes; in der Internationale sind sie schon 50 Jahre alt.

Czernin macht keinen Vorbehalt, wohl aber einen Zusatz. Für den Fall, daß die Entente auch in diesem Herbst noch nicht zu Friedensverhandlungen bereit sei, behält sich Oesterreich-Ungarn vollkommen freie Hand für die Zukunft vor, seine Friedensbedingungen zu verschärfen. Das ist eigentlich unlogisch; denn wenn die Fortsetzung der Rüstungspolitik unerträglich ist, wird sie bei längerer Kriegsdauer ja immer unerträglich, nicht etwa empfehlenswerter. Aber man darf diesen Zusatz wohl als eine Art Friedensultimatum auffassen: entweder die Entente entschließt sich endlich zu Verhandlungen auf der Czerninschen Grundlage oder die Katastrophe Europas wird unabwendbar und unabsehbar. In diesem Sinne erscheint Czernins Bindung nur für die Gegenwart und Vorbehalt für die Zukunft, nur als besondere Form der eindringlichsten Mahnung zum raschen Friedensschluß.

An der Rede des österreichisch-ungarischen Ministers des Auswärtigen ist eine Kritik nicht zu üben. Er hat für den Frieden getan, was mit Worten und Vorschlägen für ihn überhaupt getan werden kann. Keinen Winter mehr in den Schützengräben! Keinen vierten Kriegswinter mehr! ruft er drohend und mahnend den Entente-Völkern zu. Er bekennt dabei, daß er nicht übermäßig optimistisch ist, Gehör zu finden. Wohl wollten die Massen der Entente-Völker auch den Frieden, aber die wenigen, die Beherrscher des Staates, verhindern ihn. Auch die Abrüstung glaubt Czernin noch nicht heute und morgen, sondern erst nach einem Menschenalter voll verwirklichen zu können. Hoffentlich behält in diesen Punkten eine optimistischere Auffassung recht.

Graf Czernin hat alles gesagt, was man in den Reden von Michaelis und auch von Kühlmann vermisse. Wien hat die Führung in der Friedensbewegung übernommen. Will Berlin sie wieder haben, mag es sich ebenso unumwunden für den Volksstaat erklären, wie Czernin für die Friedensarbeit.

Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ kommentiert die Czerninsche Rede wie folgt:

Die Gedanken, die in der Kundgebung des Papstes ausgesprochen und von den Zentralmächten in den Antworten aufgenommen wurden, hat Graf Czernin in der Budapestener Rede weitergesponnen und grundsätzlich formuliert. Mit Nachdruck lehnte er die Vorstellung ab, daß die Entwicklung der internationalen Beziehungen einfach da wieder anknuöpfen könnte, wo sie durch den Ausbruch des Weltkrieges abgeschnitten wurde. In Worten, die von wahrer Menschlichkeit erfüllt sind, sucht er dem neuen Geist keine Bahn zu weisen. Er entwirft ein Bild der neuen Weltordnung, wie sie seiner Ansicht nach zum Heile der kommenden Geschlechter aus diesem Weltkriege hervorgehen muß. Internationale Weltabrüstung, ein obligatorisches Schiedsgericht, keine territorialen Vergrößerungen und unbedingte Wirtschaftsfreiheit, das sind die Prinzipien, deren gleichmäßige und allgemeine Durchführung die Welt vor der Wiederkehr der Katastrophe sichern würde, die wir durchmachen und in der wir noch heute stehen. Wenn ein österreichisch-ungarischer Staatsmann mit dieser Sicherheit für die künftige internationale Ordnung eintritt, so steht er dabei auf einem festen Boden nicht mehr zu erschütternden Kriegsergebnisse. Zu ihnen zählt vor allem die Beseitigung des Dogmas, daß Oesterreich-Ungarn ein sterbender Staat sei. Nur ein Staat, der kämpfend sein Lebensrecht erwiesen und seinen Platz in der Völkergemeinschaft gegen alle Angriffe sicher

festgestellt hat, vermag die Hand zu Vereinbarungen zu bieten, die nur in rücksichtsloser gegenseitiger Anerkennung der staatlichen Lebensrechte möglich sind. Das gilt wie für Oesterreich-Ungarn, so für alle Glieder unseres Bundes.

Es entspricht dem Bewußtsein unserer gemeinsamen Stärke, wenn Graf Czernin erwartet, daß die gegnerischen Kriegsziele, von denen die Feinde schon vieles aufgaben, noch weiter zusammenschrumpfen werden. Den großen Worten der feindlichen Staatsmänner setzt er große und starke Tatsachen entgegen, die uns die Sprache der Veröhnlichkeit gestatten. Aber auch darüber läßt Graf Czernin keinen Zweifel: Wollen die Feinde die Fortsetzung des Krieges, so sind auch wir in unseren Entschlüssen frei und an das jetzt aufgestellte Programm nicht gebunden. Noch warten wir darauf, ob auch auf einer anderen Seite der neue Geist sich vernehmen lassen will.

Die Rede Czernins findet in der schwedischen Presse sehr gute Aufnahme. „Stockholms Dagblad“ hebt besonders die Andeutungen Czernins hervor, daß die Fortsetzung des Krieges die Mittelmächte dazu nötigen würde, ihre Bedingungen zu verschärfen. Im Anschluß hieran schreibt die Zeitung: Sein Gedankengang ist zweifellos der, daß der Gegner sonst ohne jedes Risiko den Krieg, so lange wie es ihm beliebt, in der Hoffnung auf günstigere Konjunktoren fortsetzen kann, wobei er immer die Sicherheit hat, daß die Mittelmächte bei ihrem Angebot keine Annektionen und Entschädigungen, sowie Abrüstung und Schiedsgericht ausstatten werden. Die Alliierten fälltten wohl schon ihre Entscheidung, doch Czernin stellt ihnen nur klar und deutlich die Frage, ob sie sich jetzt zu einem Verständigungsfrieden entschließen wollen. Die ablehnende Antwort wird wohl nicht lange ausbleiben. Das ist eine an Gewißheit grenzende Wahrscheinlichkeit, die besonders auf Seiten der Neutralen nur mit tiefem Bedauern festgestellt werden kann.

Der Papst vermittelt.

Der „Daily Telegraph“ vernimmt aus Rom, daß der Papst in Wirklichkeit seine Vermittlung der Entente angeboten hat und daß er ihre Antwort erwartet.

Dieses Vorgehen des Papstes ist außerordentlich zu begrüßen; würde doch dadurch die Angelegenheit aus dem Stadium der Noten in das der direkten Verhandlungen hineinkommen. Ob aber die Entente bereit sein wird, dem Vorschlage des Papstes zu folgen, bleibt abzuwarten. Eine diesbezügliche Meldung der „Times“ läßt allerdings wenig Entgegenkommen erhoffen. Das Blatt schreibt über die Meldung italienischer Blätter von der Friedensvermittlung des Papstes:

„Es besteht auf keiner der beiden Seiten des Atlantischen Ozeans die geringste Absicht und der geringste Wunsch, eine Vermittlung anzunehmen. Es darf keine halbe Arbeit gemacht werden. Die Deutschen können morgen den Frieden erhalten, wenn sie unsere Bedingungen annehmen. Sie brauchen nur vor sich selber und der Welt zu bekennen, daß sie in dem Kampfe, den sie herausgefordert haben, völlig geschlagen sind. Sie können den Frieden unter keinen anderen Bedingungen erhalten, und die Alliierten werden sich weigern, über irgendwelche andere Bedingung zu sprechen.“

Die Regierungen möchten allerdings wohl einen derartigen Standpunkt einnehmen, ob sie das aber mit Rücksicht auf die Völker können, ist eine andere Frage. Die Völker wollen den Frieden und dem müssen die Regierungen schließlich Rechnung tragen.

Die Kriegslage.

Es gelang uns trotz stürkster feindlicher Gegenwirkung, unsere vorderste Linie an der Straße Menin-Opem vorzubrüden. Die Engländer setzten den Tag über die planmäßigen Trommelfeuerüberfälle auf unseren Stellungsbogen um Opem fort, die sich gegen Abend zwischen Poelkapelle und Zandvoorde wiederholt zu stürkstem Feuerortan steigerten. Besonders planmäßiger Beschuß richtete sich gegen Zonnebefe. Auch während der Nacht hielt vom Westrande des Houthouster Waldes bis zur Eys, besonders östlich von Opem, stürkstes Feuer an, das am 4. 10. 5.45 Uhr nachmittags auf der ganzen Front von Mangelare bis zum Kanal von Hollebete schlagartig in wilden Feuerwirbel überging und

„Svenska Dagbladet“ entnimmt der Rede das Zugeständnis, daß Oesterreich Serbien und Montenegro herausgeben wolle und erklärt im Anschluß hieran, so sei ein Angebot gemacht, dessen Ablehnung die Ententeregierungen vor den eigenen immer mehr von Friedenssehnsucht ergriffenen Völkern nur schwer verteidigen könnten. Dann könne man nicht länger sagen, daß der Krieg für die Befreiung der kleinen Nationen fortgesetzt werde.

Die deutsch-schweizerische Presse bespricht die Rede Czernins fast durchweg zustimmend. Meinungsverschiedenheit besteht einzig über die Befristung der Vorschläge Czernins.

Der „Bund“ schreibt zur Rede Czernins, sie verdiene sicherlich den Namen eines historischen Dokuments. Czernin habe die interessantesten Ausführungen auf das Tatsachenmaterial, dessen gute Fundierung sofort ins Auge falle. Der ganze Gedankengang zeige eine sehr bedeutende Durchdringung mit neuen Ideen vom Standpunkt aller derjenigen, die einen Verständigungsfrieden herbeiführten.

Die „Basler Nationalzeitung“ stellt fest, daß Czernin die Tür in eine schönere Welt des ewigen Friedens eröffnet und bedauert, daß er für die Nichtannahme der Entente später eine Mehrforderung Oesterreich-Ungarns in Aussicht stellt.

Der „Basler Anzeiger“ dagegen glaubt, daß gerade die Androhung steigender Forderungen der Entente die Beantwortung der Note des Papstes wesentlich erleichtern werde.

Auch das „Berne Tagblatt“ glaubt, daß in der Befristung nur eine offene Präzisierung der Friedensbereitschaft liege, um dem Feinde die Möglichkeit zu geben, sich über Annahme und Ablehnung der Friedensbedingungen zu entscheiden.

Die „Zürcher Post“ erwartet eine stärkere Wirkung der Rede Czernins, falls die Rede von Berlin aus gehalten wäre. Sie hält es angesichts der augenblicklichen Strömungen keineswegs für sicher, daß auch Deutschland zu einer glatten Annahme des Programms Czernins bereit wäre.

ununterbrochen mit größter Stärke andauert. Hier erfolgte am frühen Morgen der erwartete neue feindliche Großangriff gegen den Opem-Bogen. Die Flandernschlacht ist wieder in vollem Gange.

Auch südlich des Kanals von Hollebete bis zur Deule steigerte sich die Feuerstätigkeit. Bei lebhafterem Feuer an der Arras-Front nordöstlich von Vermelles und südlich von Monchy wurden starke feindliche Patrouillen unter blutigen Verlusten für den Feind abgewiesen. Stärkeres Feuer in der Gegend von St. Quentin verursachte in der Stadt neue Brände. An der Aisne-Front steigerte sich gegen Abend das Feuer an der Laiffur-Ecke und in der Gegend von Braye zu zeitweiser großer Heftigkeit. In der Gegend von Braye kehrten unsere Patrouillen, die bis zum zweiten feindlichen Graben vorgezogen waren, mit Gefangenen zurück. Auch südöstlich von Reims brachten wir Gefangene ein.

Ostlich der Maas blieb nach den abgeschlagenen feindlichen zahlreichen Gegenangriffen das feindliche Feuer lebhaft und steigerte sich von 8.30 Uhr abends zu größter Stärke. Hierauf erfolgten wiederum starke Angriffe des Gegners in tief gegliederten Wellen gegen unsere neu-gewonnenen Gräben. Sie wurden im Sperr- und Maschinengewehrfeuer unter schweren Verlusten abgewiesen. In einer Stelle vorübergehend eingedrungenen Feind wurde in sofortigem Gegenstoße geworfen. Die Stellung ist restlos in unserem Besitz. Die Zahl der Gefangenen, die in unserer Hand blieben, erhöhte sich auf 170. Die Verluste des Feindes sind außerordentlich schwer. Zwischen Maas und Mosel setzte nachmittags auf unsere Stellungen westlich von Pont à Mousson plötzlich starkes feindliches Feuer ein, das jedoch gegen Mittag wieder abflaute.

Im Osten steigerte sich zeitweise die Artillerietätigkeit nördlich der Düna und am Ibrucz. An der Suczawa sind feindliche Vorposten trotz heftiger Gegenwirkung um ein Kilometer zurückgedrückt worden. Am unteren Sereth drangen Sturmtruppen nördlich von Maginern in die feindliche Stellung ein, sprengten feindliche Minenwerfer und kehrten mit Gefangenen und Maschinengewehren zurück. An der oberen Donau war die Artillerietätigkeit zeitweise lebhafter.

Die Heeresberichte.

WBZ. Berlin, 4. Oktober. (Amlich.) Auf dem Schlachtfeld in Flandern sind die Engländer auch bei dem heutigen Großangriff nur etwa 1 Kilometer tief in unsere Abwehrzone zwischen Poelkapelle und Heluweit eingedrungen. Besonders erbittert wird noch östlich von Zonnebefe und westlich von Secre-laere gekämpft.

Von den anderen Fronten ist nichts Besonderes gemeldet.

Wien, 4. Oktober. (Amlich.) Deftlicher und albanischer Kriegsjahraplag. Unverändert.

Italienischer Kriegsausflug.
Die Kämpfe im Gabriele-Bisignin liegen gestern nach. Der Vortag hat uns wieder einen Offizier 107 Mann und 2 Kanonen als Gefangene eingebracht. Unsere Truppen lösten 3 feindliche Flugzeuge ab. In der Tiroler-Front keine besonderen Ereignisse.

Frankreich und Belgien.

Schlupf mit Herbe.

Der Kongress des Seine-Verbandes der sozialistischen Partei beschloß einstimmig den Ausschluß Herbes.

Rußland.

Aus der russischen demokratischen Konferenz.

Der Vorsitzende teilte mit, daß das durch die Vertreter der verschiedenen Parteien verstärkte Bureau die gestellte Aufgabe verwicklichte, die Höchstmenge von Stimmen zu vereinigen, um die Einheit des demokratischen Willens auszudrücken. Eszeretelli verlas einen Bericht darüber, in dem die gemeinsamen Grundzüge ausgearbeitet sind, welche von der großen Mehrheit der Konferenz angenommen werden können. Er schlug im Namen des Bureaus folgende Entschliessung vor: Es ist unumgänglich notwendig, eine starke revolutionäre Regierungsgewalt zu schaffen, die das Programm der Moskauer Konferenz vom 27. August befolgt, nämlich aktive Politik zur Bewirklichung des allgemeinen Friedens zu treiben und ferner vor der Zusammenberufung der versammelte Abgeordnetenversammlung die Verantwortlichkeit der Regierung vor dem Willen des Volkes widerpiegelnden repräsentativen Organ zu verwickeln, — außerdem aus der Mitte der demokratischen Konferenz heraus ein solches ständiges Organ zu schaffen, das an der Bildung der Regierungsgewalt auf den erwähnten Grundlagen mitzuarbeiten hat. Wenn bürgerliche Elemente in die Regierung eintreten, ist es unumgänglich notwendig, auch das repräsentative Organ durch bürgerliche Vertreter zu vervollständigen, die sich dort notwendigerweise in der Minderheit befinden werden. Die Regierung wird dem oben genannten Organ gegenüber verantwortlich sein. Die Konferenz beauftragt das Bureau, fünf Mitglieder zur unvorzähligen Bewirklichung der Regierungsgewalt auf den angegebenen Grundslagen zu ernennen. Auf Vorschlag des Vorsitzenden beschloß die Versammlung einstimmig, die Debatte nicht wieder zu eröffnen. Die Konferenz nahm die erwähnte Entschliessung mit 829 gegen 106 Stimmen an.

Um Kerenski's Maß.

Die Hauptfrage auf der großen demokratischen Konferenz, die natürlich entschieden werden muß, ist die Stellung der revolutionären Demokratie zu Kerenski. Seitens der Bolschewiki wird er mit leidenschaftlichem Eifer angegriffen und ihm hauptsächlich der Vorwurf gemacht, ursprünglich am Ruch Korndom beteiligt gewesen zu sein. Gölitz auf Angaben des „Nietich“ und „Alto Russij“ behaupten sie, daß zwischen Filonow und Samoilow, Kerenski und Kornilow ein geheimes Abkommen geschlossen worden sei, das von Filonow entworfen aus vier Hauptpunkten bestand: Einführung der Todesstrafe im Hinterland, Militärisierung der Eisenbahn, Militärisierung der Nahrungsmittel- und Wiederherstellung der Disziplinargewalt der Offiziere über die Soldaten. Da man voraussetzt, daß die Petersburger Arbeiter sich leidenschaftlich gegen diese Rückkehr zur Zwangsarbeit wehren würden, habe man die revolutionären Regimenter aus Petersburg entfernt und Kavallerie-Korps in der Nähe angeordnet. Zugleich habe man das Gerücht verbreitet, daß die Bolschewiki einen Gewaltstreik planen und durch Zeitungsartikel und andere Gewaltmaßregeln die Arbeiter zu provozieren geseht.

Der schließliche Bruch zwischen Kornilow und Kerenski sei persönlicher Art gewesen. Lwow habe plötzlich verlangt, daß nicht die genannten vier Verhörer die Regierungsdiktatur bilden sollten, sondern, daß Kornilow eine reine Militärdiktatur erhalte. Kerenski sei bereit gewesen, die Revolution zu unterstützen, habe aber nicht an sich selber ein Sakrifizium wagen wollen. So mußte er den Kampf mit Kornilow aufnehmen und sich zu diesem Zweck wieder auf die Massen der Arbeiter und Soldaten stützen.

Trotzdem die Bolschewiki behaupten, daß Kerenski's Verteidigung gegen diese Vorwürfe auf der demokratischen Konferenz in jeder Beziehung gänzlich unzureichend sei, hält die „Auslands-Brand“ es doch für wahrscheinlich, daß er sich einmischen an der Hauptfrage. Die sozialistischen Parteien seien unter sich vollkommen unständig geworden, die Menschewits und die Sozialisten-Konfessionäre seien in je drei Gruppen auseinandergefallen; in allen Parteien herrsche die größte Verwirrung. Die Bolschewiki hätten sich jedoch immer mehr revolutionäre Kräfte um sich, seien aber noch nicht stark genug, allein die Macht zu übernehmen. Danach sei eine einschlägige Lösung der Krise unwahrscheinlich und ein schleppender Verlauf der Ereignisse zu erwarten.

England.

Eine Rede Churchill's.

Besser noch die Rede Churchill's über die Wirkung auf das feindliche Ausland gegen hat, kommt aus England die Kunde von einer neuen Rede des berühmten Staatsmanns Churchill. Sie hat sich in dem von Holtz übermittelten telegraphischen Auszug zunächst nicht anders als wie ein Gegenstand zu den Kriegesreden unserer Alliierten. „Nur kein vorzeitiger Frieden!“ laut es immer wieder. Als es nach dem letzten Krieg und Brand, nach der Freilassung von Millionen Menschen und der Zerstückelung von Reichern an Welt, die durch den Krieg mehr erregt werden können, überhaupt noch zu früh ein Ende des Schreckens einzuleiten ist! Aber solange noch etwas da ist, was sich in den Händen der Feinde befindet, wird die Demoralisierung nicht aufhören zu wirken. Das ist ein ganz offenkundiges Faktum. So nach Churchill. Er sagte z. B.: Wenn der Krieg mit einem unbefriedigenden Frieden endet, wird England unter den dann herrschenden Umständen niemals ruhig sein. Auch Amerika wird nicht ruhig, es ist die unzulässige Entschuldigend erregt ist. So zunächst die Fortsetzung des Krieges auch ist, wir wissen nicht, ob es ein vorzeitiger ist. In nicht niemals, wie lange über dem Krieg sein, es ist immer. In nicht in einer Stunde der Stunde die in den letzten Jahren erregten Kräfte aufzuheben, während ist und dem Krieges mit zu gewinnen. Es liegt hier Grund vornehmlich für die Gefahren und Entschuldigend nicht ist. Die Menschen können, wenn sie zu einer ernsthaften Disziplin kommen. Wir müssen unsere gemeinsamen Kräfte überleben und zusammenhalten und zusammenhalten die Kräfte unterstützen. Wir sind nicht imstande, jede Schwierigkeit zu überwinden und über alle Gefahren zu triumphieren, die uns umgeben. Es ist zu früh zu sagen, daß der Krieges mit zu gewinnen ist. Wir wissen nicht, in welcher Weise kann er ein Ende erreicht werden, aber wir sind überzeugt, wenn wir nicht die Kräfte des Krieges verlieren werden. Über es ist nicht zu früh zu sagen, daß der zweite deutsche große Krieges mit zu gewinnen ist.

diese Inseln in Schach gehalten und sogar abgefliegen wurde. Unsere Vorräte an Lebensmitteln sind jetzt größer als am Anfang des Krieges. Unser Produktionsvermögen nahm zu. Im nächsten Jahre werden unsere Heere, falls der Krieg fort dauert, was Gott verhüte, stärker und besser ausgerüstet sein wie je. Wir sind voller Vertrauen. Aber auch die Deutschen sind es. Sie machen die verzweifeltsten Anstrengungen nicht ohne Grund. Denn sie wissen, die Briten sind der Hauptfaktor im Krieg. Sie wissen, daß unsere Macht nicht gebrochen werden kann und daß sie nur wachen wird.

Eins muß man Churchill lassen: Er kämpft zwar auch nur mit der Zunge, aber er kämpft nur gegen die Feinde seines Landes; er vermeidet es, diejenigen seiner Landsleute, die den baldigen Frieden wollen, in so nichtswürdig-verkehrender Weise anzugreifen, wie das bei uns die Alldeutschen tun. Er lacht und trümet mit dem nahe bevorstehenden Sieg und es ist nun schließlich Sache der Engländer, ihm zu glauben oder sich lieber durch die grausamen Enttäuschungen dieser drei Jahre eines besseren belehren zu lassen. Im übrigen würde, wenn es nach Churchill ginge, der Krieg bis zu jenem Ende geführt werden müssen, das einmal der alte Björnson als das Schicksal Europas prophezeit hat: Die Völker zerstückeln sich wie wühlende Hunde, zuletzt bleiben nur noch zwei übrig, die sich nicht an die Gurgel können, weil das Wasser zwischen ihnen ist. . . .

Allerlei Kriegsnachrichten.

Liegeangriffe auf Baden-Baden und Tübingen.

Berlin, 4. Oktober. (Amtlich.) Angriffe einzelner feindlicher Flieger (in der Nacht vom 2. zum 3. Oktober) richteten sich auch gegen Kaffatt, Baden-Baden und Tübingen. Auf die beiden ersten Orte fielen drei Bomben. Sie richteten glücklicherweise nirgends Unheil an, außer in Tübingen, wo durch zerbrochene Fensterscheiben einiger Sachschaden entstand. Welchen Zweck die Franzosen mit diesen Angriffen auf offene deutsche Städte verfolgen, ist nicht ersichtlich. In Kaffatt befinden sich keine militärischen Ziele. Die Angriffe auf Baden-Baden und Tübingen können vollends nur als Ausschüffe roher Zerstörungssucht betrachtet werden. Die Schiffstätten des Kurortes Baden-Baden und die Kliniken der Universitätsstadt Tübingen sind belegt mit zahlreichen Schwerverwundeten, die dort von ihrem Leiden Erholung suchen. Daß Angriffe auf weit hinter der Front befindliche Lazarette eine militärische Notwendigkeit sind, dürfen auch die Franzosen nicht zu behaupten wagen. Durch dergleichen Akte kann der Wille zum Durchhalten im deutschen Volke nur bestärkt werden.

Berlin, 4. Oktober. (Amtlich.)

In der Nacht vom 2. zum 3. Oktober haben feindliche Flieger in zahlreichen Flügen Angriffe auf das deutsche Heimatsgebiet verübt. Irgendwelche Ergebnisse haben die Angriffe nicht gezeitigt. Ein feindliches Flugzeug kam bis in die Gegend von Stuttgart und warf über Feuerbach 6 Bomben ab, die geringen Sachschaden, aber keine Verluste verursachten. Die offene Stadt Frankfurt (Main) wurde von etwa zehn Fliegern angegriffen, die aus südlicher und westlicher Richtung anfliegen. Die meisten der abgeworfenen Bomben fielen wirkungslos außerhalb der Stadt nieder. Im Stadtbereich wurden bisher 13 Einschlagstellen gezählt. Die Bomben fielen meistens auf Straßen und offene Plätze. Der angegriffene Sachschaden ist gering; 5 Personen wurden leicht verletzt, tote sind nicht zu beklagen. Das lothringische Industriegebiet wurde von zahlreichen Angreifern heimgesucht, die jedoch wie gewöhnlich, dank unserer gut durchgeübten Abwehrmaßnahmen nur wenig Erfolg hatten. Bis in die Gegend von Dortmund vorzudringen, gelang wiederum nur einem feindlichen Flieger. Er warf dort auf die Bahnstraße Dorstfeld-Dortmund-Süd 6 Bomben ab, die den Bahnhöfen beschädigten. Bei diesem Angriff wurde eine Person getötet. Zeigt der Angriff auf das westfälische Industriegebiet erneut, welchen Wert die Gegner auf die Vernichtung dieses Hauptlagers unserer wirtschaftlichen Stärke legen, so zeigt er andererseits, daß der Himmler das von unserem Heer gehaltene feindliche Gebiet auch gegen Luftangriffe Schutz und Bollwerk ist.

Berlin, 4. Oktober. (Amtlich.)

Eines der feindlichen Flugzeuge, die in der Nacht vom 2. zum 3. Oktober Frankfurt angegriffen haben, wurde auf dem Rückfluge durch unsere Abwehrmaßnahmen zur Landung gezwungen. Der Insasse war ein Marochal de Logis. Das Flugzeug ist der Sopwith-Einsitzer Nr. 128 mit einem 130-PS-Merget-Umlaufmotor.

Die argentinischen Sozialisten

haben aus dem Verhalten der Kammermehrheit in bezug auf den Abbruch der Beziehungen zu Deutschland die Schlussfolgerung gezogen, daß sie ihre Mandate niedergelegt haben.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Beschäftigungsausfall des Reichstags

streckte in der Sitzung am Donnerstag die Berichte der Abgeordneten Groder und Hauptmann fort. Der Teil des Berichtes, der die ministerielle Gegenmeinung bei der Ernennung der Offiziere behandelt, wurde auf Wunsch des erkrankten Abg. Groder gerüchelt. — Zur Geschäftsordnung stellt Abg. Müller-Meinungen die Anfrage, wie es mit dem angelegten Geschenkmur betreffend Vernehmung der Reichstagspräsidenten stehe; in der Presse sei von dem Widerstand gesprochen worden, den verschiedene Bundesregierungen diesem Geschenkmur leisten.

Ministerialdirektor Dr. Lemal erklärt: Der Bundesrat hat sich mit der Vorlage bisher noch nicht befaßt, aber in den Vorbesprechungen hat sich kein Widerspruch der Bundesstaaten gezeigt. Die Vorarbeiten sind im Gange und wir hoffen bestimmt, die Vorlage im Anfang des nächsten Jahres an den Reichstag bringen zu können.

Abg. Fagade (Rp.) stellt die Anfrage, ob die Regierung hinter der Bräunelung fest, daß die preussische Wahlrechtsvorlage während bestimmter Ende Oktober oder Anfang November eingeleitet werden soll.

Dr. Lemal verneint zunächst Kompetenzbedenken gegen diese Frage zu erheben, die an die preussische Regierung zu stellen sei; so viel er weiß, ist die Vorlage nicht definitiv vorbereitet. — Abg. Fagade weist den Kompetenzvermerk zurück. Die Frage berührt die dem Ausschuss vorliegenden Wahlrechtsvorlage. — Kommt erklärt Dr. Lemal, die Preussische sei offiziell, die Regierung habe

dahinter. — Auf Wunsch des Ausschusses wird die preussische Regierung ersucht werden, in die nächste Sitzung einen Vertreter zu entsenden, um endgültige Erklärungen über die Einbringung der Wahlrechtsvorlage zu geben. — In weiteren Verhandlungen konnte der Ausschuss nicht eintreten, weil die Fraktionen Sitzungen abholten.

Gemeine Kampfesweise.

Nach dem Bericht des konservativen Danziger Organs hat am Sonntag in Brauß bei der Gründung eines Kreisvereins der Vaterlandspartei ein hochgestellter Beamter, Landeshauptmann Frhr. Senft v. Pillich, gesagt:

„Der Reichstag hat mit der Resolution vom 19. Juli Rerrat am Vaterland geübt, da wir mit gebundenen Händen unseren Feinden ausgeliefert werden sollen.“

Wohlgemerkt: Es handelt sich hier um eine Gründung der sich als harmlos auspiegelnden Jogen. Vaterlandspartei! Höher geht's nicht!

Surre, die Vaterlandspartei!

Wir lesen in der „Breslauer Volkswacht“: Welche Mittel und Wege die neue Partei der freiwilligen Kriegserklärer einschlägt, um die widerstrebenden Bürger in ihren Händen zu sammeln, ist hier mehrfach auseinandergesetzt worden. Heute wird uns ein neues Beispiel aus einem schwerindustriellen Betriebe gemeldet. In der Maschinenfabrik von Remna sind Anschläge befestigt, die den Anruf der Vaterlandspartei tragen, und darunter eine Einladung, die aus dem Gedächtnis wie folgt wiedergegeben wird:

„Diejenigen Beamten und Arbeiter, welche der Vaterlandspartei beitreten, können sich im Bureau der Fabrik melden. Der Jahresbeitrag für diese beträgt eine Mark, welche ich bezahle!“

Welche ich bezahle! Wie bequem, nun Mitglieder zu werden, für alle, die sich nach oben gern angenehm bemerkbar machen! Und was muß da alles zusammen kommen! Uns gefallen solche Anfindigungen sehr gut, zeigen sie doch, wer an der „Vaterlandspartei“ ein großes Interesse hat, und wer sich die Sache etwas leisten läßt. Man bezahlt sogar für die Seelen, die sich vom Arbeitgeber fangen lassen. Wie stolz müssen sich solche „freie Bürger“ fühlen!

Der „Schlesischen Volkszeitung“ wird geschrieben. Im „Cöleler Stadtblatt“ steht in Nr. 77 folgende Bekanntmachung: „Schlesischer Aufruf gegen die Reichstagsmehrheit! Weg mit dem Parteigeist! Der Aufruf liegt im Polizeiamt usw., usw. zur Einzeichnung öffentlich aus. Cölel den 25. September 1917. Der Magistrat.“ — Der Magistrat, der von allen Parteien der Stadt bestellt ist, sollte doch sichtlich über den Parteien stehen, nicht, daß er sich an der Seite gegen die Mehrheit beteiligt. Und das Polizeiamt! Hat das die Aufgabe, gegen die Reichstagsmehrheit zu werben, für die sich die Regierung erklärt hat? Aber wenn man in Breslau das Domizil der Vaterlandspartei im Landeshause aufschlägt, dann kann wohl auch die Cöleler Polizei gegen die Reichstagsmehrheit zum Veder stehen.

Sehr verkümmerte Fragen.

In hervorragende Führer der Agrarier sind in der letzten Zeit von einem sozialpolitischen Schriftsteller folgende Fragen gerichtet worden:

Würden Sie die Güte haben, mir in kurzen Worten mitzuteilen, ob und wie Sie sich die Möglichkeit einer dauernden Harmonie zwischen den Deutschen (groß Grundbesitzern und Pächtern einerseits und den deutschen Bauern andererseits) denken?

1. Was können die Bauern dazu tun?
2. Wie ist die Haltung der Grundbesitzer dazu?
3. Wie ist zwischen den Organisationen (Bund der Landwirte, deutscher Bauernbund usw.) eine entsprechende Zusammenarbeit möglich?
4. Wie sieht das Kompromiß aus, das im Interesse der Nationalökonomie, der Ernährungspolitik des deutschen Gesamtvolkes eine notwendig erscheint?
5. Wie könnte der Staat beim die Regierung etwa gesetzlich eingreifen? Oder lieber nicht?
6. Ist es möglich, daß bei zwei Morgen Besitz eine Familie sich vollkommen ernähren kann und noch ca. 800 Mk. Ueberschuß durch Verkauf erzielen kann? In der Heimkultur-Zeitschrift wird dies fest behauptet, Haus, Stallung, Acker, Garten ist als vorhanden anzunehmen, Rentenheim oder Eigenheim.
7. Ist es denkbar, daß 150 Millionen Deutsche allein von deutschen Bodenerzeugnissen ernährt werden können, bei richtiger Bepflanzung oder entsprechenden Sorten am richtigen Ort?
8. Können wir uns durch eigene Kraft und Stoffgewinnung (Urin) gänzlich frei vom Import des Auslandes halten?
9. Wie könnte wohl der Landflucht gesetzlich abgeholfen werden?

Dankbar In der vorzüglichsten Hochachtung (Unterschrift.)

Diese Fragen sind mit allen Unterstreichungen so wiedergegeben wie im Original. Es ist nicht recht ersichtlich, ob diese Fragen im Ernst gestellt sind, oder nur aus dem Grunde, um die Kommerzianten auf die Unmöglichkeit ihrer Annerkennung hinzuweisen. So viel aber steht fest, daß die Beantwortung den Herrn Agrariern einige Ungelegenheiten bereiten wird. Sie sind aber im Ernst gestellt, so würde der Hinweis auf die 150 Millionen Deutsche bewirken, daß man sich tatsächlich mit Annerkennung im großen beschäftigt.

Ernährungsfragen.

Eierzueweisung an Ueberschußbezirke?

Man schreibt der „Frankf. Ztg.“: In einer Sommerfrische im glücklichen Württemberg kam mir dieser Tage das Amtsblatt des Oberamts Oehringen in die Hand, wobei mir eine Bekanntmachung des Kommunalverbandes in die Augen fiel. Darin wird bekanntgegeben, daß dem Verband 11000 ausländische Eier zur Verfügung gestellt worden sind, die den Interessenten — natürlich ohne Karten — zu 33 Pfg. angeboten werden. Daraus geht also hervor, daß die Landesverteilungsstelle als Unterabteilung der Reichsverteilungsstelle für Eier in rein ländliche Kreise, mit einem beneidenswerten Ueberschuß an Nahrungsmitteln jeglicher Art, in denen man die besten frischen Eier zu 25 Pfg. bekommt, ausländische Eier (offenbar auch noch mit Verlust!) schickt, während in den großen Städten großer Mangel daran herrscht. Zweifellos wird nach dem gleichen Schema auch in anderen Bezirken verfahren. Man weiß da wirklich nicht, aber man soll sich wundern soll, über die Verteilungsstelle, die beratigen Bezirken Eier anbietet, oder über die Kommunalverbände, die solche Zueweisungen annehmen. Bieleicht karrt die Eierverteilungsstelle diese Sache auf.

Gänge, um denjenigen Kriegsteilnehmern, die das Bedürfnis zu engem Zusammenhange nach ihrer Entlassung aus dem Heere empfinden, Gelegenheit zu einem solchen zu geben, aber in einer Bestimmung, wie sie der wirklichen Stimmung der Kriegsteilnehmer entspricht. Wer hierüber Näheres erfahren will, möge seine Adresse an die Geschäftsstelle Berlin SW. 68, Lindenstr. 114, III, d. H. des Herrn Erich Kuttner, einsenden.

Die Stimme der Vernunft.

Im „Lübecker General-Anzeiger“ findet die Agitation der Unzufriedenen gegen einen Frieden der Verständigung stets mögliche Förderung. Alle Telegramme und Rundgebungen dieser Seite, wenn sie auch noch so bedeutungslos sind, gelangen dort mit fetten Ueberschriften zum Ausdruck, damit ja der Eindruck erweckt wird, als ob die Mehrheit des Volkes hinter der Unzufriedenheit stünde. Und als hier vor kurzem Herr v. Liebert gegen die „Freiheitsresolution“ des Reichstages wettete, einen Verständigungsfrieden weit von sich wies und für uferlose Eroberungspläne eintrat, da jubelte das „unabhängige“ Blatt, daß der Redner allein, also auch ihm, aus dem Herzen gesprochen hätte. Dieser Tage hat sich nun der österreichische Minister des Auswärtigen, Graf Czernin, als Anhänger eines Friedens ohne Annexionen und Entschädigungen bekannt und ist für die Abweisung eingetreten. Seine Ausführungen, die sich im wesentlichen mit den von uns stets veröffentlichten Anschauungen decken, werden heute vom „General-Anzeiger“ als „Stimme der Vernunft“ charakterisiert. Das sind sie auch. Was ist dann aber das, was sonst immer im „General-Anzeiger“ erklingt? Doch wohl das Gegenteil. Und seine Leser werden damit also von der Vernunft abgewendet. Eine schärfere Kritik seiner bisherigen Haltung, als sie auf solche Weise in den eigenen Spalten ihm zuteil wird, kann man sich gar nicht denken.

Die Brotversorgung im neuen Wirtschaftsjahr.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt, daß das Ergebnis der im August vorgenommenen Ernteschätzung die weitere Streckung unseres Brotgetreides notwendig macht, wenn die jetzige Brotration das ganze Wirtschaftsjahr hindurch aufrechterhalten werden soll. Glücklicherweise sei die Kartoffelernte gut, so daß die Streckung durch Kartoffeln erfolgen könne. Da aber alte Vorräte von Trockenkartoffel-Präparaten nicht vorhanden sind, kann die Streckung des Brotes mit Kartoffelmehl allgemein erst vom 1. Februar 1918 an erfolgen. Bis zum 1. November ds. Js. ist eine Streckung überhaupt nicht in Aussicht genommen. Bis dahin wird die jetzige Mehlration von 220 Gramm pro Kopf und Tag weitergegeben. In der Zeit vom 1. November bis 1. Februar werden den Gemeinden Frischkartoffeln in einem Umfang zur Verfügung gestellt werden, die eine Streckung der Mehlration von 200 Gramm um 10 Prozent ermöglichen, womit die Ration der ersten beiden Kriegsjahre wieder hergestellt wird. Falls eine Gemeinde es vorziehen sollte, diese Streckung nicht vorzunehmen, die Kartoffeln vielmehr direkt zu verteilen, so soll sie zu einer Erhöhung der Kartoffelwochenrate berechtigt sein, die dann etwa 1 1/2 Pfund pro Kopf und Woche betragen würde.

Die Ausmahlung des Getreides von 94 Prozent muß vorläufig beibehalten werden. Wenn die Ernteschätzung, die vom 20. September bis 5. Oktober vorgenommen wird, ein besseres Endergebnis der Getreideernte ergeben sollte, so wird der Mehrentrag nicht zu einer Erhöhung der Mehlration, sondern zu einer Herabsetzung der Ausmahlung benutzt werden, durch die einmal die Qualität des Brotes wesentlich verbessert und gleichzeitig die so notwendige Kleie als Futtermittel für die Landwirtschaft gewonnen würde.

Arbeitersekretariat. Die Zahl der Besuche belief sich im Monat September auf 1158 (1843), die der Besucher auf 1299 (1455). — Die eingekammerten Zahlen sind die des vorhergehenden Monats. — Davon kamen in derselben Sache wiederholt 153 Personen. Weiterhin sind im September 1005 neue Fälle bearbeitet worden. Auskünfte wurden erteilt 1213 (1401), darunter nach auswärts schriftlich 43 (51). Von den Besuchern waren organisiert 610 (623) Personen, und zwar gewerkschaftlich 411, politisch 19, gewerkschaftlich und politisch 180. Unter den verbleibenden 689 Nichtorganisierten befanden sich 559 Angehörige von Organisierten und 2 Organisationsunfähige. Dem Geschlecht nach waren von den Besuchern 418 (534) männlich, 879 (914) weiblich. Den Hauptgruppen nach verteilten sich die Besucher wie folgt: Arbeitnehmer und deren Angehörige 1223 (1347); selbständige Gewerbetreibende, Beamte usw. und deren Angehörige 74 (101); Organisationen 2 (7). In Lübeck (Stadt) hatten von den Besuchern 1016 (1130) Personen ihren Wohnsitz, in Lübeck-Land 125 (157), Oldenburg 93 (81), Mecklenburg 21 (29), Preußen 26 (39) und sonstige 18 (19). Die Auskünfte verteilten sich wie folgt: Arbeiterversicherung (Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung) 166 (195), Arbeits- und Dienstvertrag 108 (153), bürgerliches Recht 280 (289), Strafrecht 77 (96), Gemeinde- und staatsbürgerliche Sachen 543 (599), Vereins- und Versammlungsrecht — (2), Arbeiterbewegung 1 (1), Privatversicherung 5 (8), Handels- und Gewerbebetriebe 2 (2), Zivilrecht 11 (33), Verjährungsverjährung 20 (23). Von den Auskünften machten 371 (390) die Anfertigung von 395 (435) Schriftstücken erforderlich; außerdem gingen aus 11 (11) langfristige Briefe und Postkarten. Ein gingen 202 (220) Kopienbildungen. Der 3. und 10. September zeigte mit 67 (73) die höchste, der 22. September mit 37 (33) die niedrigste Besucherzahl.

Sie wollen die Kriegsteilnehmer einsparen! Man schreibt uns: Ohne daß in der Öffentlichkeit viel Redens davon gemacht worden ist, haben die Kriegervereine seit längerer Zeit umfangreiche Maßnahmen getroffen, um die Massen der noch friedensfähig heimkehrenden Kriegsteilnehmer für sich einzufangen. Die Hoffnung, daß der Krieg als solcher eine für die Kriegervereine günstige Stimmung schaffen würde, hat man wohl längst begraben; es ist längst bekannt, wie es draußen in den Schützengräben nur als eine Art Spottwort gilt: „Nach dem Kriege gehen wir alle zu den Kriegervereinen.“ Deshalb versuchen es die Kriegervereine mit harten materiellen Mitteln. Die Vertreterversammlung des Riff Häcker-Bundes, in dem die Kriegervereine zusammengeschlossen sind, hat auf ihrer letzten Tagung die Gründung eines „Reichs-Kriegers-Danks“ beschlossen. Gedacht ist dieser als Wohlfahrts-Einrichtung für diejenigen Kriegsteilnehmer, die nicht unter die Fürsorge des Reichsausschusses für Kriegsteilnehmer fallen. Man will der neuen Stiftung ähnlich wie der Nationalstiftung für die Hinterbliebenen einen öffentlichen rechtlichen Charakter und eine Art Monopolstellung geben. Solange dies, so würden damit sozusagen alle Kriegsteilnehmer dem Protektorat der Kriegervereine unterstellt. Um den Schein der Unparteilichkeit zu wahren, wollen die Kriegervereine allerdings auch ein paar Nichtkrieger-Vereine in die Verwaltung aufnehmen und die Gewährung von Unterstützung nicht von der Mitgliedschaft in einem Kriegerverein abhängig machen. Zu dieser Konzeption hat man sich wohl entschlossen, und es ist schon angedeutet worden, wie für die Stiftung die heuchlerische Monopolstellung zu erhalten. Nichtsdestoweniger ist ganz klar, daß dieser angeblich unparteiische Reichskriegerdank nach dem Kriege ein Hauptmittel der Kriegervereine bilden wird. Denn da sie die eigentlichen Gräber sind, werden sie sich das Übergewicht in der Vermittlung von Geldern und in der Befreiung von Steuern und sonstiger Belastungen für die Kriegsteilnehmer vorbehalten.

Englische und französische Angriffe geheimer.

WTS. Großes Hauptquartier, 5. Oktbr. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Secresgruppe Kronprinz Rupprecht

Ein Schlinging von seltener Schwere liegt hinter Führern und Truppen der 4. Armee. Er wurde bestanden.

Vom frühen Morgen bis in die Nacht währte das Ringen, das durch wiederholte englische Angriffe in der Gegend nordwestlich von Langemarck bis südlich der Straße Menin-Opren (15 Kilometer) immer von neuem entzündet wurde. Ununterbrochen wirkten die Artilleriemassen in äußerster Leistung von Mann und Geschütz über das Gelände, auf dem sich die erbitterten Hin- und Herbewegungen der Infanterie abspielten. Brennpunkte der Schlacht waren Poellapelle, die einzelnen Häufe 3 Kilometer westlich von Paschendale, die Westgrenze östlich und südlich von Zonnebeke, die Waldlinie westlich von Beclaire und das Dorf Gheleuvel. Ueber diese Linie hinaus konnte der Feind zwar vorübergehend vordringen, doch vermagte er es unter der Wucht unserer Gegenangriffe nicht zu halten, obwohl er bis zum späten Abend dauernd feindliche Kräfte ins Feuer löschte. Der Gewinn der Engländer beschränkte sich somit auf einen 1/2 Kilometer tiefen Streifen von Poellapelle über die östlichen Ausläufe von Zonnebeke und längs der vom Dorf Beclaire führenden Straßen. Dieses Dorf ist ebenso wie das heiß umkämpfte Gheleuvel voll in unserem Besitz.

Die blutigen Versuche der englischen Divisionen — mindestens 11 waren allein beim Frühangriff auf der Schlachtfeldfront eingesetzt — wurden übereinstimmend als sehr hoch gemeldet.

Das gute Zusammenwirken aller unserer Waffen brachte auch diesen gewaltigen Stoß der Engländer zum Zusammenbrechen vor dem Ziel, das diesmal nicht, wie behauptet worden wird, eng, ungewisshaft recht weit gesteckt war.

Das Heldentum der deutschen Truppen in Flandern wird von nichts übertroffen.

Secresgruppe Deutscher Kronprinz:

Auf dem Oiseufer der Maas führten die Franzosen abends einen neuen starken Angriff — den 12. binnen drei Tagen — am Nordhang der Höhe 214, östlich von Semogney. Tagsüber bereitete heftiges Feuer, vor dem Vorbrechen zum Trommelfeuer gesteigert, den Sturm der französischen Kräfte vor, die von den kampfbewährten Württembergern fast überall zurückgeschlagen wurden. In einzelnen Stellen waren Gegenstöße erforderlich, sie brachten zahlreiche Gefangene in unsere Hand.

Auf dem östlichen Kriegsschauplatz keine größeren Kampfhandlungen.

Magdonische Front.

Im Westen von Monastir und im Esernabogen war die Gefechtsstätigkeit lebhafter als in den letzten Tagen.

Der Erste Generalquartiermeister: Lubnowski.

Die Sache verdient größte Aufmerksamkeit. Die Kriegervereine haben sich bisher stets als Hilfsgruppen reaktionär-konservativer Politik erwiesen. Jene, welche Vertrauen in bezug auf Sachlichkeit und Unparteilichkeit haben sie nicht zu beanspruchen. Der Reichstag wird auf alle Fälle dagegen Einspruch erheben müssen, daß die neue Kriegervereinsstiftung etwa rechtlich der Nationalstiftung für die Hinterbliebenen irgendwie gleichgestellt wird. Den Kriegsteilnehmern selbst ist dringend anzuraten, sich durch die Lokalmittel der Stiftung nicht in die Kriegervereine locken zu lassen. Es sind bedeutende Bestrebungen im

Für Frieden und Freiheit

wird am Mittwoch, dem 10. Oktober, abends 8 Uhr,

im großen Saale der Stadthalle

Genosse Reichstagsabgeordneter D. Stücklen,

der sich große Verdienste um die Feldgrauen erworben hat, einen Vortrag halten.

Die Bevölkerung Lübecks, insbesondere die Arbeitererschaft und alle, die zu der Friedensstundgebung der Reichstagsmehrheit stehen, werden heute schon aufgefordert, für einen Massenbesuch Sorge zu tragen.

Es ist unbedingt nötig, in einer mächtigen Versammlung gegen das Treiben der Kriegsverlängerer mit aller Entschiedenheit Front zu machen.

Agitiert für Massenbesuch!

Sohnapokal. Die Nahrungsmittelknappheit hat die fündige Geschäftswelt angetan, allerlei Stoffe der menschlichen Ernährung zugänglich zu machen, die ehedem ganz achtlos gelassen oder ganz anderen Zwecken dienbar waren. Strohmehl, Quecken, Bogenbeermazmelade und dergleichen Herrlichkeiten mehr wurden der barbare Menschheit empfohlen. Jetzt sollen geröstete Erbsenhaler einen guten Kaffee-Ertrag geben. Es ist ja richtig, die Not macht erfindlich. Es ist auch richtig, daß eine Anzahl Stoffe und Pflanzen als Nahrung oder Getränke für Menschen in Betracht kommen können, die bisher für diesen Zweck nicht verwendet wurden. Aber alles hat seine Grenze. Wir müssen entschieden darauf dringen, daß uns die Nahrungsmittel, die tatsächlich noch vorhanden sind, zugänglich gemacht werden. Wir müssen verlangen, daß ein großer Teil wirklicher Nahrungsmittel, der jetzt in allerhand Ersatzmittelabriken verpackt wird, unverdorben der Ernährung erhalten bleibt. So z. B. wird eine Unmenge Zucker in den vielen Konfektfabriken verarbeitet, um uns eine minderwertige Süßware für unverschämtes Geld auszubilden. In den sogenannten Trüdnungsanstalten und Konfektfabriken werden Früchte, Gemüse und Obst, das uns fehlt, zu Konjekten und Törtchen verarbeitet, das wir dann kaufen müssen zu Preisen, die vielen Millionen unerreichbar sind. Auf diese Weise werden der minderbemittelten Bevölkerung Nahrungsmittel vor der Nase weggelassen, die in unerschöpflichem Zustande viel kostbarer und billiger sind. Da ist wohl die Frage berechtigt, wohin fliehet man denn eigentlich? Fast jeder Krämer hat heutzutage mindestens ein Duzend Ersatzmittel auf Lager, zu deren Herstellung immensen wirklicher Lebensmittel verbraucht werden. Ist denn die Regierung unfähig, dieses Lutz wirksam lahmzulegen?

Die Gesundheitsverhältnisse haben sich in der Woche vom 16. bis 22. September in der Mehrzahl der deutschen Städte gegen die Norm wenig geändert. In manchen Städten ist die Sterblichkeit ein wenig gefallen, in vielen ein wenig gestiegen. Auf 1000 Einwohner und aufs Jahr berechnet betrug sie von den Orten mit mindestens 75000 Einwohnern: ohne Ortszonen in München 22,0, Altona 10,5, Augsburg 11,5, Berlin 11,9, Berlin-Lichtenberg 12,2, Berlin-Schöneberg 14,2, Berlin-Steglitz 7,0, Berlin-Wilmersdorf 6,8, Bielefeld 8,5, Bochum 16,2, Braunschweig 12,4, Bremen 12,5, Breslau 14,5, Gießen 3,9, Charlottenburg 12,0, Chemnitz 15,0, Köln 15,7, Crefeld 10,3, Danzig 11,9, Darmstadt 15,9, Dortmund 13,7, Dresden 14,6, Düsseldorf 10,5, Elberfeld 9,6, Erfurt 11,2, Essen 11,2, Gelsenkirchen 11,5, Hagen 12,9, Halle 12,7, Hamburg 15,6, Hamburg 11,2, Hannover 14,3, Kiel 5,0, Königsberg 15,8, Königshütte 22,1, Leipzig 13,5, Lünen 15,8, Ludwigshafen 12,5, Mainz 15,2, Mech 10,2, Mühlhausen 10,1, Mülheim 12,0, München 13,3, Neufahrn 5,8, Nürnberg 9,5, Oberhausen 11,8, Offenbach 10,2, Osnabrück 13,3, Paderborn 11,2, Posen 18,1, Remscheid 9,0, Saarbrücken 10,2, Spandau 17,3, Stettin 15,2, Straßburg 11,3, Stuttgart 9,5, Zwickau 15,1. Mit Einschluß der Fremden betrug sie ferner in Barmen 9,1, Frankfurt a. Ma. 9,0, Lübeck 15,1, Münster 9,9, Würzburg 6,4.

Sturm und wolkenbruchartiger Regen peitschten gestern abend über die herbstliche Landschaft unserer Gegend. Man merkt, daß rauhe Jahreszeit naht.

Gewerbeschule. Im Winter 1917 beginnt der Unterricht in der Gewerbeschule für alle Lehrlinge aus Handwerk und Industrie am Dienstag, dem 16. Oktober. In Rücksicht auf die Kohlen- und Gas-Ersparnis erhalten alle Lehrlinge einen verkürzten Unterricht von 4 Stunden, welche an einem Vormittag von 8 bis 12 Uhr oder an einem Nachmittage von 2 bis 6 Uhr stattfinden. Aus freigeschaffenen Betrieben, d. h. aus Betrieben, welche mit Freizeiteinrichtungen irgend welcher Art beschäftigt sind, können auf Antrag Schulung des 4. Lehrjahres ganz, Schulung des 3. Lehrjahres vorübergehend vom Unterricht befreit werden. Für die jüngeren Lehrlinge findet eine Befreiung grundsätzlich nicht statt. Anträge der Lehrherren um Befreiung sind bis zum 12. Oktober bei der Schulleitung schriftlich einzureichen.

Die Fürsorge für deutsche Kriegsgefangene vom Roten Kreuz, Breite Straße 27, ist in den Wintermonaten außer täglich vormittags, Montag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags geöffnet.

Zum Schokoladenpulverschwindel wird uns von der Zentralfelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen, hier, Parade 1, geschrieben: Eine der in Mitleidenschaft gezogenen Frauen will den Schwindelfreisenden an einem der letzten Tage vor dem Holstentor gesehen und bis zum Bahnhof verfolgt haben. Leider sei es nicht möglich gewesen, ihn festzunehmen zu lassen. Er habe Militäruniform und das Eisene Kreuz getragen. Es dürfte nicht ausgeschlossen sein, daß er sich in einem Lazarett vor dem Holstentor aufhält. Inzwischen gehen bei der Zentralfelle, Parade 1, noch immer Beschwerden ein. Es ist dringend erwünscht, daß weiter auf die Schwindelbande acht gegeben und keine Mühe gespart wird, sie ausfindig zu machen.

Diesesbezug erhielt in der verflochtenen Nacht die Warenabgabestelle des Konsumvereins in der Lindenstraße 48. Dort waren die ungeheuren Güter durch ein Fenster eingebrungen und entwendeten größere Quantitäten Butter, Brot, Zucker und Mehl. Die Margarine probierten sie nur und ließen sie dann liegen. Die Diebstähle haben jetzt tatsächlich einen erschreckenden Umfang angenommen.

Sanjathheater. Man schreibt uns: „Die im Schatten Lehen“, das vieraktige Drama Emil Rosenows, welcher sich besonders durch seinen „Kater Lampe“ einen geachteten Künstlernamen erworben hat, gelangt morgen, Sonnabend, im Sanjathheater zur Aufführung. Das schwerere Stück wird mit besonderer Sorgfalt einstudiert. Sonntag geht hier erstmalig die neue Schloß-Revue „Die Königin der Luft“ von Reimann und Schwab in Szene und zwar wird die Rolle des H. V. C. D. Steinermann Herr Sander vom Deutschen Theater in Berlin spielen. „Die Königin der Luft“ hat überall, wo sie bis heute aufgeführt wurde, von Seiten des Publikums und der Presse den größten Beifall gefunden und verdient die Bezeichnung Schlager-Revue mit vollem Recht. Man darf jedenfalls auf die Aufführung gespannt sein.

Volksmusikalisches Konzert. Die besondere Zugkraft des zweiten Konzertes dürfte für alle Besucher Franz Schuberts unvollendete Sinfonie in h-moll bilden, die mit der Ouvertüre zur Zauberharfe und der Zwischenaktsmusik zu Romanuade den ersten Teil der Vortragsfolge einnimmt. Die zweite Hälfte des Konzertes ist ausschließlich Johann Strauß gewidmet, der mit zwei Ouvertüren, zwei Polkas und zwei seiner schönsten Walzer zu Wort kommt, darunter dem klassischen „An der schönen blauen Donau“.

Sapora. Nach acht Monaten gebohren. Bei dem letzten Eisgang im Winter ist der deutsche Dampfer „Apollo“ auf der Unterelbe bei Sachau am 1. Oktober von Eise durchschnitten und dem Grunde gesunken. Während des Eisganges war es nicht möglich, eine Bergung des Schiffes vorzunehmen. Nachdem die Eiseiszeit war, es dem Landher Harnstoff gelungen, die ausgetriebene bestehende wertvolle Ladung zum größten Teil zu bergen. Die Bergung des Schiffes selbst hat er nicht übernommen, da es bereits ziemlich verfault war. Später hat dann der Norddeutsche Bergungsverein die Hebung des Dampfers in Angriff genommen. Nach mancherlei Verhättnis ist es nur einigen Wochen gelungen, das Schiff zu heben. Man magte es jedoch, um die letzten Stellen

abbilden zu können, auf Strand setzen. Nach beendeter Arbeit ist es jetzt nach hier geschleppt worden und zur gründlichen Reparatur und Renovierung ins Dorf von H. C. Stülken Sohn gefahrt worden.

Hamburg. Eine Straßenbahnerin tödlich verunglückt. Am Mittwoch nachmittag fiel die Straßenbahnerin Käthe, als sie sich vom Trittbrett aus zu weit vorbeugte, vom Motorwagen und wurde vom Anhängerwagen überfahren. Die Unglückliche war sofort tot.

Kiel. Erdrosselt aufgefunden wurde in ihrem Bett ein hiesiges Kontrollmädchen. Der Verdacht der Tat richtet sich gegen einen Obermatrosen, der beobachtet wurde, wie er das Haus heimlich verließ, und der überdies durch aufgefundenen Briefschaften belastet wird.

Hofort. Der Tod zwischen den Puffern. Als der Arbeiter Kordmannowitsch am Sonnabend vormittag auf dem Bahnhof Sternberg mit Holzvorladen beschäftigt war, kam ein Viehwagen unerwartet ins Rollen. Der Arbeiter K. geriet zwischen die Puffer zweier Wagen und erlitt eine Quetschung des Brustkastens, sodas sofort der Tod eintrat.

Warnemünde. Kindesmord. Die Auffindung einer Kindesleiche in Eimendorfer hat jetzt Klärung gefunden. Die Mutter ist die Tochter eines in Eimendorfer wohnenden Arbeiters. Sie behauptet, daß das Kind bei der Geburt bereits tot gewesen sei, jedoch soll die Obduktion der Leiche das Gegenteil ergeben haben. Das Mädchen wurde verhaftet.

Aus dem Gerichtssaal.

Fast alle Kriegsverordnungen übertreten. In einwöchiger Verhandlung befaßte sich die Kölner Strafkammer mit schwerwiegenden Vergehen gegen die Kölner Gutsbesitzerfamilie Bremers, die das größte landwirtschaftliche Unternehmen der Rheinprovinz betreibt. Fast alle Kriegsverordnungen kamen bei der Verhandlung in Frage, und der Prozeß hielt im Rheinland schon wochenlang vorher alle Gemüter in Spannung. Die Bremers wohnen in einem besonderen Vertrauensverhältnis zur Kölner Stadtverwaltung; sie hatten u. a. die Säuglingsmilch für ganz Köln zu beschaffen. Sie verkauften indessen ohne Marken und unter Umgehung der Höchstpreise an Kaufhäuser, Wirtschaften und

zahllose bestehende Private gewaltige Mengen Milch, Käse, Butter, Schme, Fleisch aller Art, alle denkbaren Sorten Mehle und Getreide, Marmelade, Bohnen, Karbotteln, Kaffee usw. in gewaltigen Mengen. Allein für das Restaurant Zoologischer Garten betragen die Rechnungen etwa 9000 Mk. im Monat. 300—400 Liter Vollmilch wurden täglich verbotswidrig veräußert. Regierungsrat Stinnes — dies alles wurde durch Zeugen festgestellt — bezahlte Rechnungen von 700 bis 2000 Mk.; er zahlte gewaltige Preise für alle Fleischsorten, bis 10 Mk. das Pfund. Auch der Major Rintelen vom Kölner Gouvernements gehörte zu den täglichen Besuchern von Vollmilch, die den Säuglingen und den Kranken entzogen wurde; er ließ alle seine Waren täglich von einem Gebrüder, die sogenannte „Sahne-Drummann“ abholen. Eier wurden bis zu 500 Stück (Preis 75 Pfg.) auf einmal abgekauft; für das Pfund Zucker waren 4 Mk. zu zahlen. Von der Rheinischen Profabrik bezogen Bremers allein wöchentlich bis zu 50 Laib Brot ohne Marken. Zahlreiche verbotene Hausgeschäfte wurden festgestellt; wenn geschloßet wurde, verließen zahlreiche Herrschaften, mit Paketen beladen, das Privathaus der Bremers, das, wie das Gut selbst, unmittelbar von den Loren Kölns liegt. Bremers hatten täglich bis zu 4500 Liter Säuglingsmilch an die Stadt zu liefern, die überdies noch in ganz unerhörter Weise veräußert wurde, in einem Falle mit schmutzigem Badewasser. Die Besitzer fühlten sich vor ihren Angehörigen, die zum Teil mit ihnen schmuggelten und schließlich, ziemlich sicher, bis sich schließlich die Kontantin Morz in Gewissensbedenken an den Reichstagsabgeordneten Meierfeld wandte, der die ganze Sache dem damaligen Oberbürgermeister Wallraf unterbreitete; so kam der Stein ins Rollen. Die Verhandlung ergab noch, daß gegen 100 Kölner Bürger, darunter sehr wohlvermögende, bedeutende Persönlichkeiten, als verbotswidrige Abnehmer der Bremers Straßverfahren schweben. Auch ein Verfahren wegen Bestechung von Polizeibeamten ist eingeleitet; mehrfache Anzeigen hatten auffallenderweise nicht das gewünschte Ergebnis. — Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten Josef Bremer jun. 3 Jahre Gefängnis, gegen Frau Bremer sen. 2 Jahre Gefängnis, ferner gegen diese beiden und die übrigen 3 Angeklagten rund 154 000 Mk. Geldstrafe. Für je 10 Mk. Geldstrafe im Nichtbeitragsfalle einen Tag Gefängnis, ferner auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für die beiden Hauptangeklagten auf die Dauer von 5 Jahren.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 4. Oktober. (Amtlich.) In der portugiesischen Küste und vor der Straße von Gibraltar haben unsere U-Boote neuerlich 18 feindliche Transporter und Handelsfahrzeuge mit einem Gesamttonnagegehalt von rund 29 000 Tonnen vernichtet.

Unter den versenkten Schiffen befanden sich die bewaffneten englischen Dampfer „Polar Prince“ (3611 Tonnen) mit 5601 Tonnen Kohlen nach Gibraltar, „Embleton“ (5377 Tonnen) mit Kohlen für Italien und „Arendal“ (1387 Tonnen) mit Chemikalien für Frankreich, der bewaffnete italienische Dampfer „Goffredo Mamoli“ (4124 Tonnen) mit 6000 Tonnen Erz für England, der mit zwei 10-Zentimeter-Geschützen bewaffnete amerikanische Landdampfer „Platuria“ (3445 Tonnen), ferner ein durch Hochgeschlepper geschlepptes Fahrzeug mit nach Mesopotamien bestimmten Eismaschinen und Kühlanlagen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Berlin, 4. Oktober. Ueber die Reform des preussischen Herrenhauses verlannt, daß die Regierungsvorlage eine Vertretung der Landwirtschaft mit 48 Sigen, des Handels und der Industrie mit gleichfalls 48 Sigen, des Handwerks mit 12 Sigen, der Arbeiter mit 24 Sigen, der Universitäten mit 16 Sigen, der Geistlichkeit mit 17 Sigen, der Städte mit 36 Sigen und der ländlichen Gemeinden mit gleichfalls 36 Sigen vorsieht. Daneben sollen die Oberbürgermeister der 24 größten Städte, 24 Vertreter des Großgrundbesitzes, die Minister und 120 durch königliches Vertrauen berufene Persönlichkeiten künftig dem Herrenhause angehören. — Und das nennt man eine „Reform“!

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Römig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling, Verleger: J. H. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Bekanntmachung.

In der Zeit vom 8. bis 14. Oktober sollen an jede zur III. Kundenliste für Kolonialwaren angemeldete Person zur Aufgabe gelangen:

- 125 Gramm Suppen in zwei verschiedenen Sorten, je nach Vorrat und zwar: gemischte Suppen zum Preise von 50 Pfg. für 1/2 kg (1 Pfund) Hülsenfruchtsuppen „ „ „ 40 „ „ 1/2 kg (1 „ „ in Paketen von 1/4 kg
- auf den Abschnitt G XVII des Lebensmittelbuches. 125 Gramm Kaffee-Erstaß (Lose) zum Preise von Mk. 2.40 für 1/2 kg (1 Pfund)
- auf den weissen Sonderchein XIV des Lebensmittelbuches. Die gesammelten Abschnitte für diese Verteilungen (Nr. 81 und 82) sind bis zum 18. Oktober an die Nahrungsmittel-Verteilungstelle, Schüsselboden 18, II, abzuliefern.

Lübeck, den 4. Oktober 1917. (2994) Die Nahrungsmittel-Verteilungstelle.

Kriegshilfe

Abteilung Schuhfürsorge

bittet um unentgeltliche oder entgeltliche Zuwendung von alten Säufers, Teppichen, alten Hüten, Linoleum zur Herstellung von Schuhwerk für die minderbemittelte Bevölkerung. Fernruf 8744. 2992 Königstraße 19.

Zur Sicherung der vollständigen Einbringung der Sachfrüchte wird der Satz 2 des § 14 der Verordnung vom 1. April 1917 — K. V. II S. 265 Nr. 650 — aufgehoben. Die §§ 1, 2, 3 der Verordnung bleiben also über den 15. Oktober 1917 hinaus bis auf weiteres in Gültigkeit. (2995)

Der stellv. kommandierende General v. Falk, General der Infanterie.

Israelsdorfer Forstrevier.

Das Sammeln von Reichholz im Israelsdorfer Revier ist vom 1. Oktober an bis auf weiteres an den 3 Wochentagen Montag, Mittwoch und Sonnabend gestattet. In den übrigen Tagen ist das Holzammeln verboten und wird bestraft. 2996 Der Revierförster.

Die Fürsorge für deutsche Kriegsgefangene vom Roten Kreuz, Breite Straße 27, ist in den Wintermonaten außer täglich vormittags Montag, Donnerstag und Sonnabend nachmittag geöffnet. (2996)

FDL möcht nicht zu großes Zimmer ohne der Stadt gef. Brg. unt. O F an d. C. (5001)

Zeitschriften aller Art. Schönl. Friedr. Meyer & Co. Johannstraße 45.

J. H. Pein Am Markt 12. Breite Straße 64.

Beste Bezugsquelle für ersklassige :: Manufakturwaren :: Spezialhaus für Betten Bettfedern u. Daunens Herren- und Knaben-Garderob. Arbeiter- und Berufs-Kleidung.

Goethes Werke 3 Bände 5.— Mk.

Schillers Werke 4 Bände 6.50 Mk.

Schiller (Prachtband) 4 Bände 8.50 Mk.

Schönl. Friedr. Meyer & Co. Johannstraße 45.

Konsumverein für Lübeck u. Umgeg.

e. G. m. b. H.

Achtung Mitglieder!

Mit dem 30. September schliesst unser Geschäftsjahr. Zur Feststellung des Umsatzes der Mitglieder müssen die in der Zeit vom 1. Oktober 1916 bis 30. September 1917 bei den Einkäufen erhaltenen Marken, soweit sie volle zwanzig Mark betragen, und die Mitgliedsbücher in der Zeit

vom 1. bis 10. Oktober 1917

in den Warenabgabestellen abgeliefert werden.

Nur in dieser Weise abgelieferte Marken können zur Berechnung der Rückvergütung in Betracht gezogen werden.

Nach dem 10. Oktober abgelieferte Marken haben keine Gültigkeit.

Etwa den Betrag von 20 Mk. nicht erreichende Marken sind im Oktober—November 1917 beim Umtausch zu verwenden.

Die bei der Ablieferung erhaltene Quittung bitten wir sorgfältig aufzubewahren, da nur gegen Rückgabe derselben die Rückvergütung ausbezahlt wird.

Der Vorstand.

Man abonniert jederzeit auf das schönste und billigste Familien-Witzblatt **Meggendorfer-Blätter** München 22 Zeitschrift für Humor und Kunst 2 Vierteljährlich 13 Nummern nur M. 3.— Abonnement bei allen Buchhandlungen und Postanstalten. Verlangen Sie eine Gratis-Probeknummer vom Verlag, München, Theatinerstr. 47. Kein Besucher der Stadt München sollte es verkümmern, die in den Räumen der Redaktion, Theatinerstraße 47 III befindliche, äußerst interessante Ausstellung von Originalzeichnungen der Meggendorfer-Blätter zu besichtigen. Täglich geöffnet. Eintritt für jedermann frei.

Drucksachen aller Art fertigt an Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Hansa-Theater. Sonnabend, den 6. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: **Die im Schatten leben** Drama in 4 Akten von E. Rosenow. Sonntag, den 7. Oktober, abends 7 Uhr: **Die Königin der Luft.** Posse mit Gesang und Tanz in 3 Akten von Reimann und Schwarz. Musik von Otis Schwarz. 2998

Zur Vorbereitung des Gewerkschaftstreffens

am Sonntag nachmittag 3 Uhr im Hansa-Theater

Die im Schatten leben

von Emil Rosenow sind noch Karten zum Preise von 50 Pfg. an den bekannten Stellen und bei der Auslosung im Gewerkschaftshaus am Sonntagabend von 6 1/2—9 Uhr zu haben. (2997)

Die Kartellkommission. Spezialgeschäft ersklassiger

Vergrößerungen

Atelier P. Warnke, (3000) Porträtmaler, Gr. Bauhof 11. Besichtigung der Musterausstellung erbitte nachmittags.

Hansa-Theater.

Freitag, den 5. Oktober abends 7 Uhr: (2991)

Unter der blühenden Linde

Stadttheater.

Freitag, den 5. Oktober 1917: Anfang 6 1/2 Uhr: Gastspiel von Arno Hoß v. Hoftheater Schwerin:

Faust.

Sonnabend, 6. Oktober 1917: Anfang 6 1/2 Uhr:

Lohengrin.

Sonntag, den 7. Oktbr. 1917: Nachmittags 3 Uhr: Jeder Platz 60 Pfg., Garderobengebühr 10 Pfg.:

Jugend.

Schauspiel von Max Halbe. Verlosung der Plätze Freitag und Sonnabend abend von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr an d. Theaterkasse. Abends 7 Uhr:

Der Barbier v. Sevilla

Der **Neue-Welt-Kalender** für das Jahr 1918 ist soeben herausgegeben worden. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Kalendarium. Rückbild. Beachtenswerte Adressen. Postalisches. Unsere Toten (mit Porträts). Messen und Märkte. Im Kreislauf des Jahres. Max Klingers Darstellung des Krieges (mit Bild). Kunstidentmaler auf dem östlichen Kriegsschauplatz (mit Illustrationen). Der unterirdische Krieg (Skizze mit Illustrationen). Abwärts: Erzählung von Helene Voigt-Diederichs (mit Illustrationen). Zeitgemäße Statistik. Die Physik der Leuchttechnik (mit Illustrationen). Eine Geschichte vom Aufopfern; Skizze von Richard Schiller. Humor im Casarett. Papier-Zellulosestoff. Allerlei Wissenswertes in Wort und Bild. Die Sozialpolitik im Kriege. Kraftgrenze der Sprengstoffe (mit Illustrationen). Und noch vieles andere Wissenswertes und Unterhaltendes. Preis 50 Pfennig. Da der Verlag nur eine nicht sehr hohe Auflage vom Neuen-Welt-Kalender hat drucken lassen, empfiehlt sich eine baldige Abforderung der gewünschten Exemplare. Zu beziehen durch die **Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.** (Lübecker Volksbote) Johanniststraße 46. Fernruf 928.

Fürsorge für Mutter und Kind.

Von Anna Blos.

Alle Fürsorgebetätigtung liegt im Interesse der menschlichen Gesellschaft. Sie ist ihre Pflicht, wenn sie sich selbst erhalten will. Von diesem Gesichtspunkte aus ist sie aber bisher zu wenig beachtet worden. Fürsorgebetätigtung war und ist heute noch viel zu sehr private Wohltätigkeit, statt eine gesellschaftliche Angelegenheit von Staat und Gemeinde. Die Kreise, denen die Fürsorge gilt, die der minderbemittelten, der arbeitenden Massen, sind deshalb von der Mitarbeit so gut wie ausgeschlossen. Verhältnismäßig klein ist die Mitarbeit der arbeitenden Frauen. Ein unendlich weites Feld wertvoller Tätigkeit eröffnet sich ihnen hier, wenn sie mitarbeiten können, statt daß sie, wie bisher, andere für sich sorgen lassen. Die bürgerlichen Frauen haben es verstanden, in anerkannter Weise sich hier ein Arbeitsfeld zu schaffen. Von den arbeitenden Frauen aber war es ein Fehler, sich von jeder praktischen Mitarbeit ausschalten zu lassen. Sie werden sich beeilen müssen, wenn sie sich die Möglichkeit dazu noch gewinnen wollen. Sie ist ihnen aber jetzt gegeben; denn der Krieg hat die Notwendigkeit der Fürsorgebetätigtung in ein neues und günstiges Fahrwasser geleitet. Insbesondere ist die Pflicht der Mutter- und Kindesfürsorge durch die Furcht vor der erschreckend schnell zunehmenden Entvölkerung unseres Landes auch in den Kreisen erkannt worden, die ihr bisher gleichgültig oder sogar ablehnend gegenüberstanden. Wie viele kostbare Menschenleben hätten bei früherer Erkenntnis erhalten werden können! Als gerade vor vierzig Jahren die sozialdemokratische Fraktion in dem ersten großen umfassenden Arbeiterkongress, der im Reichstag auf die Tagesordnung kam mit der Forderung, daß Schwangere während der letzten drei Wochen vor und Wochen nach der Entbindung der ersten sechs Wochen nach der Entbindung in gewerblichen Anlagen usw. nicht beschäftigt werden sollten, sprach der bürgerliche Abgeordnete Laster von „Verfößen wider die Natur“. Immer wieder sind seitdem die Forderungen eines ausgebehaltenen Mutter- und Kinderschutzes von der Sozialdemokratie gestellt und immer wieder abgelehnt oder wenigstens nur in geringem Maße bewilligt worden. Erst während des Krieges ist hier ein Erfolg zu verzeichnen, der aber durch die Möglichkeit der Umgehung des Arbeiterinenschutzgesetzes beeinträchtigt wird. Und doch wäre schon vor dem Kriege eine umfassende Mutter- und Kindesfürsorge notwendig gewesen, denn schon seit längerem Jahren ist in Deutschland ein auffallender Geburtenrückgang eingetreten. Steht dieser zum großen Teil im engen Zusammenhang mit der traurigen materiellen Lage der minderbemittelten, so hätte die Fürsorge für die Kinder, die geboren werden, eine doppelt umfassende sein müssen. Die Sterblichkeit unter den Säuglingen in Deutschland war größer als in fast allen übrigen Kulturländern. Die Zahl der vermeintbaren Säuglingsstodesfälle wurde auf jährlich 200 000 geschätzt. Im ersten Lebensjahr starben mehr als 300 000 Kinder, obgleich seit 1910 nur noch 1 900 000 Kinder jährlich geboren werden. Es ist berechnet worden, daß der Kostenaufwand für die Geburt jedes Säuglings sich auf rund 100 Mk. beläuft, die sich zusammenfügen aus der herabgesetzten Erwerbstätigkeit der schwangeren Frau und den baren Ausgaben für Entbindung, Wochenbett usw. Folglich bedeutet der Verlust bei über 300 000 Säuglingen jährlich eine Einbuße von über 30 Millionen Mark. Dazu kommen noch etwa 2 Millionen Mark, die von der Krankenversicherung an Wochenbett-Unterstützung ausgezahlt werden und all die Kosten, die ein jeder Krankheitsfall verursacht. Die Schwächung der Gesundheit der Mutter, all die Aufregungen, Qualen und Sorgen sind da noch gar nicht in Rechnung gezogen, so schwer sie auch in die Waagschale fallen. Das deutsche Volk trägt also jährlich eine Last von etwa 35 Millionen Mark, die vergeblich für den Volksnachwuchs ausgegeben werden. Würde diese Summe statt dessen zum Schutze der Säuglinge und Mütter ausgegeben, so hätten auch die Kinder, die das zweite Lebensjahr erreichen, keinen Schaden. Da der Gesundheitszustand im ersten Lebensjahr über die gesundheitliche Beschaffenheit für das ganze Leben entscheidet, so würde eine weitaussehendere Säuglingsfürsorge einen großen Teil der Summen ersparen, die der Staat jährlich für Krankenkassen, Heime für Krüppel, Schwachsinnige u. a. ausgeben muß. Es gehen auch keineswegs gerade die Elendesten und Schwächsten zugrunde. Rund der dritte Teil aller Todesfälle betraf vor dem Kriege Kinder im ersten Lebensjahr.

Jetzt sehen freilich endlich von allen Seiten Bemühungen ein, die Kinder und mit ihnen die Mütter zu schützen. Sie werden nicht von durchgreifendem Erfolg sein, solange die Arbeiterinenschutzgesetze nicht in vollem Umfange wieder in Kraft treten, ja ehe sie noch sehr ausgebaut und erweitert werden. Arbeitsverbot und Mutterschaftsversicherung sind die wichtigsten Hilfsmittel zum Schutz von Mutter und Kind. Solange sie nicht wirksam

durchgeführt sind, werden alle Unternehmungen privater Fürsorge erfolglos sein. Auch die Krankenkassen müßten in weit größerem Maße den Frauen das Recht auf Behandlung und Unterstützung bei Schwangerschaftsbeschwerden gewähren. Schon um dieses Recht durchzusetzen, sollten die arbeitenden Frauen weit mehr von der Möglichkeit Gebrauch machen, in die Kassenordnungs-Vertreterinnen zu wählen. Der Wöchnerinnenschutz, der durch das Reichswohngeldgesetz eine wesentliche Verbesserung während des Krieges erfahren hat, zeigt gute Wirkungen und muß unbedingt nach dem Kriege ausgebaut und auf alle bedürftigen Wöchnerinnen ausgedehnt werden. Die privaten Entbindungsanstalten, die während des Krieges ins Leben gerufen wurden, lassen es wünschenswert erscheinen, daß sie von Staat und Gemeinden übernommen und entsprechend vergrößert werden. Die Vorzüge der Anstaltsentbindung mit allen hygienischen und medizinischen Einrichtungen sind unverleugbar. Entbindungen, die darauf hingingen, trotz ungünstiger Umstände die Mutter zu retten, ohne das Kind zu opfern, sind nur in der Anstalt durchführbar. Auch bei den Todesfällen an Kindbettfieber, denen auch heute noch über 5000 Frauen zum Opfer fallen, kommt ein verhängnisvoller kleiner Prozentsatz in den Anstalten vor. Es muß dann aber auch für eine geeignete Vertretung der Hausfrau und Mutter im Haushalt gesorgt werden. Schon heute haben eine Anzahl Kassen Hauspflegerinnen angestellt, deren Zahl leicht entsprechend vermehren läßt.

Wird auf der einen Seite der Schutz der Mütter eine erste Aufgabe sein, so muß andererseits der Schutz der Säuglinge weit umfassender betrieben werden als bisher. Etwa ein Drittel der Säuglings-Todesfälle erfolgt schon im ersten Monat. In Württemberg sterben auf 100 Lebendgeborene berechnet im ersten Monat ebensoviel Säuglinge wie in den skandinavischen Ländern im ganzen Jahr. Das ist auf den dort gesetzlich vorgeschriebenen Stillkrippen zurückzuführen. Lange bevor wir die vielen im Krieg erprobten Erziehungsmittel hatten, hatten wir für die Kinder den Stillkrippen, wie sie in Portugal gesetzlich eingeführt sind, in den Säuglingen, in denen mehr als 50 Frauen beschäftigt sind, würden die Möglichkeit dazu geben. In den Betrieben, die nachweisbar die Muttermilch vergiften, sollten die Arbeiterinenschutzgesetze die Frauennarbeit verbieten, ebenso in den Betrieben, die schädlichen Einfluß auf den weiblichen Organismus haben. Vor Ablauf von sechs Wochen nach der Entbindung darf die Fabrikarbeiterin sowie die im Handel und Kleinvertrieb beschäftigte Frau nicht wieder eingestellt werden. Für die Heimarbeiterin, die Landarbeiterin und die Dienstmädchen besteht dieser gesetzliche Schutz nicht. Unendlich viele Frauen nehmen viel zu früh anstrengende Erwerbsarbeit oder Hausarbeit wieder auf und legen so den Grund zu schweren Frauenkrankheiten. Immer wieder sollten die Frauen aufgefördert werden über die Bedeutung freiwilliger Fort- und Mutterschaftsversicherung und die weitgehendste Ausnutzung aller Vorteile der Sozialversicherung.

Die Mitarbeit an der Fürsorge für Mutter und Kind liegt so sehr im eigenen Interesse der Arbeiterinnen, daß sie sich hier nicht länger beiseite schieben lassen dürfen. Die Möglichkeit dazu wird ihnen um so leichter gegeben, je mehr sich die Forderung durchsetzt, daß die Erziehung zur Mutterschaft, daß die Säuglingspflege ein wichtiges Lehrfach unserer Fortbildungsschulen bildet. In allen gesetzgebenden Körperschaften, in allen Ausschüssen, in allen Einrichtungen, die der Mutter- und Kindesfürsorge gelten, sollten Vertreterinnen der Arbeiterinnen mitarbeiten. Diese Mitarbeit wird aber erst in vollem Umfang durchführbar sein, wenn die Frauen das Wahlrecht haben, sowohl im Staat wie in der Gemeinde. Die Frauen müssen es sich erkämpfen, denn in diesem Kampf geht es nicht zum geringsten Teil darum, Verhältnisse zu schaffen, in denen es wieder eine Quelle des Glücks sein wird, gesunden Kindern das Leben zu schenken und sie zu tüchtigen Menschen heranzuziehen.

und er zu diesem gerufen wurde, um seine näheren Anweisungen zu empfangen.

Es war ein wohlgenährter Herr, der Kommandant, ein alter Stabsseffier mit einem vollwangigen roten Gesicht, mit einer potternartigen breiten Nase und dicken, wulstigen Lippen, die mächtig niederhängen. Man sah ihm an, er hatte ein gutes Leben da oben auf Hohengingen, und doch schien das Leben ihm eine langweilige verdröckelte Sache. Was er sprach, das klang er wie eine Dogma in kurzen, unwirksamen Sätzen aus, als ob es ihn verdröckelte, daß man um jede, zu diesem langweiligen Dasein gehörende Sache noch viele Worte machen müsse.

„Seid ihr's, Brandleucht?“ fragte der Kommandant, den Meister mit einem kurzen Kopfnicken grüßend. „Es ist gut. — Diesmal ist's Nummer fünfzehn! — Habt ihr gefrühstückt?“

„Nein, Herr Oberstwachmeister — es hat Weile damit.“

„Wer ist Nummer fünfzehn?“

„Was geht's euch an? Die Ober liegt da, wenn ihr sie sehen wollt!“

Er deutete auf einen Tisch, auf dem Papiere und Briefschaften lagen. Brandleucht nahm einen großen Brief mit einem Rabbinenstempel daran, der oben lag. Er las:

„Demnach Se. hochfürstliche Durchlaucht, unser gnädigster Herzog unter heutigem Datum nummero das gegen den unter Nummer fünfzehn auf höchsthero Bestung Hohengingen bestrittenen Inculpanten erlassene Urteil und Todesurteil hochfürstlichen Hofgerichts vom 12. November v. Js. zu bekräftigen gerufen, als ergeht an Ihn, Commandanten obbelegter Bestung, der gnädigste Befehl Seiner Durchlaucht, denselben Angefallenen dieses vom Leben zum Tode bringen und nach Vorschrift der Landesgesetze auch ebenfalls Seiner speziellen Instructionen allgleichlich justifizieren zu lassen.“

Nach Seiner hochfürstlichen Durchlaucht gnädigstem Special-Mandat.

Darunter stand der Namenszug eines Geheimen Kabinettsbeamten.

„Weiter sind keine Akten über Nummer fünfzehn vorhanden?“ fragte Brandleucht, nachdem er das Blatt gelesen.

„Was wollt ihr mehr? Geht frühstücken,“ verzeigte der Kommandant lakonisch.

„Ist nichts weiter dabei zu besprechen?“

„Nichts. Alles wie gewöhnlich. Um vier Uhr heute nachmittag. Im hinteren Hof. Ruht euch bis dahin von eurer Reife aus. Laßt euch nichts abgehen!“ verzeigte der Offizier.

„Ich werde zu ihm gehen dürfen, daß ich keinen Vardon bekomme?“

„Das dürft ihr. Um zehn Uhr. Behüt' euch Gott, Brandleucht!“

Das war die ganze Unterredung, die Brandleucht mit dem Kommandanten hatte und nach der er in seine Kammer zurückging

Deutscher Reichstag.

Der Wiederaufbau der Handelsflotte

beschäftigte den Reichstag auch am Donnerstag, nachdem Dr. Helfferich mitgeteilt hatte, daß der Reichskanzler die sozialdemokratischen Interpellationen über die alldemokratische Propaganda im Heere und über die Einschränkung des Vereins- und Versammlungsrechtes am Sonnabend beantwortet worden war. Die Debatte über die Handelsflotte brachte nichts Wichtiges, auch der langatmigen Polemik des Unabhängigen Henke gegen die sozialdemokratische Fraktion kann diese Würdigung nicht zuerkannt werden. Der Fortschrittler Waldstein erwiderte Henke, daß ein Vertreter Bremens die Vorlage nicht ablehnen könne. Indessen handelt es sich nicht allein um den Zweck des Gesetzes, sondern auch um die Art, wie er erreicht werden soll. Auch die sozialdemokratische Fraktion wird erst in der dritten Lesung endgültig zu dem Gesetz Stellung nehmen, das am Schluß der zweiten Lesung durch Annahme einiger Anträge — jedoch nicht aller sozialdemokratischen — abgeändert worden ist. — Freitag: Kleine Anfragen und Nachtrags-etat über die neuen Regierungsstellen.

120. Sitzung. Donnerstag, den 4. Oktober, nachmittags 2 Uhr. Am Bundesstatistik: Helfferich, Graf Roeder.

Zu den Interpellationen der Sozialdemokraten betreffend Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechtes und betreffend Agitation durch Vorgesetzte im Heere zugunsten alldemokratischer Politik erklärt

Staatssekretär Helfferich die Bereitschaft des Reichstanzlers, sie am Sonnabend zu beantworten.

Der Gesetzentwurf zur Vereinfachung der Rechtspflege wird debattelos einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen. Hierauf wird die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die

Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte

fortgesetzt.

Abg. Schiele (Kcm.): Ich begrüße die Vorlage namens meiner Freunde sehr gern, denn die deutsche Handelsflotte ist ein mächtiger Faktor zum Wohlstand des gesamten Volkes. Erst nach dem Kriege wird der eigentliche Wirtschaftskrieg beginnen, und diesen Wirtschaftskrieg darf der zu gewinnen hoffen, der dann die größte Lennage hat oder sie doch recht bald herstellen kann. Den sozialdemokratischen Antrag, die Beihilfe nur als Darlehen zu gewähren, soweit sie den Friedenswert übersteigen, müssen wir ablehnen, er würde die Vorlage zu sehr belasten. Auch den weiteren Antrag der Sozialdemokraten, den Reichsausschuß aus neun Mitgliedern bestehen zu lassen, wovon drei der Reichstag ernennen soll, können wir nicht annehmen; der Reichsausschuß soll eben aus unparteiischen Sachverständigen bestehen. Dagegen werden wir den sozialdemokratischen Antrag, bei Berechnung der Steuer die Nebenvergütung in Anrechnung zu bringen, zustimmen. Nicht zustimmen dagegen können wir dem Zentrumsantrag, nachdem nach einem Reichsgesetze vorbehalten werden soll, ob und in welcher Höhe das Reich an den Gewinnen der auf Grund dieses Gesetzes hergestellten Schiffe zu beteiligen ist und ob hinsichtlich der Verwendung dieser Schiffe Beschränkungen notwendig sind. Wir wünschen vielmehr, daß die Uebergangszeit sich so gestalten möge, daß sobald wie möglich alle beherrschenden Eingriffe und Beschränkungen aufgehoben können. Eine Nation ohne Schifffahrt ist wie ein Vogel ohne Flügel. Hoffentlich wird der deutsche Adler bald wieder in die Höhe zu reden wie vor dem Kriege und darüber hinaus. (Bravo! rechts.)

Abg. Mpers (D. Fr.) stimmt ebenfalls der Vorlage zu und bringt im Laufe seiner Ausführungen das Bedauern seiner Freunde über das „unqualifizierbare Verhalten“ des Grafen Lurg zum Ausdruck. (Bravo!) das uns fast in den Krieg mit Argentinien und so zu weiteren schweren Verlusten der Handelsflotte gebracht hätte.

Abg. Henke (U. Soz.): Die Ausführungen des Abg. Schumann beweisen, daß zwei Seelen in der Brust der Sozialdemokratie dieser Vorlage gegenüber wohnen. Die einen wollen sie unter allen Umständen annehmen, auch wenn sie noch mehr Kosten verursachen würde, die anderen wollen sie ablehnen. Abg. Schumann ist in der Kommission mit Emphase für die Vorlage eingetreten, auch als er ihre Tragweite noch gar nicht hatte prüfen können.

Der Nachrichten.

Kulturhistorische Novelle von Levin Schüding.

4. Fortsetzung.

„Er wird abgekehrt und ins Loch gesteckt, der Meister Brandleucht, wenn er nicht kommt,“ sagte der erste Reiter.

„Ach was,“ fiel der zweite ein, „wir sind unser drei und werden jener schon Herr werden. Wir binden ihn und werfen ihn wie einen Wehlauf übers Pferd!“

Theodor Brandleucht richtete sich bei dieser Drohung hoch auf, verfiel auf die Arme auf der Brust und sah die beiden Reiter mit einem Blick voll zorniger Verachtung an. Bevor jedoch diese eine feindliche Bewegung, die sie doch auch wohl erst länger überlegt hätten, machten, warf Anne Marie sich dazwischen, und es gelang ihr, den starrköpfigen Mann zum Nachgeben zu bewegen, damit er sich und seine Kinder nicht unglücklich mache.

„Nun, in Gottes Namen,“ sagte er endlich mit schwer gepreßter Brust, „aber du wirst sehen, wenn ich das Anmelde verlaße, so stirbt es!“

Er ging noch einmal an das Bett des Kindes, drückte einen Kuß auf seine heißbrennende Stirn und wandte sich dann, um Mantel und Harnischwert zu holen und sich zu rüsten zu der Reize und endlich den Reibern zu folgen.

Brandleucht mußte nämlich den Weg nach Hohengingen zu Fuß an der Seite der Reiter machen; sein Pferd war ihm vor drei Wochen gefallen und er hatte noch kein neues sich beschaffen können. Doch stieg abwechselnd einer der drei Reiter vom dem seinen, um den Meister reiten zu lassen, denn der Weg nach Hohengingen war schlecht und war weit.

Der Morgen war längst da, als sie am Fuße der steilen Höhe ankamen, auf deren Gipfel Burg Hohengingen lag mit grauen Mauern, hohen Dächern und Giebeln, über denen die noch höheren vieredigen und runden Türme emporstiegen. Der düstere, unheimliche Bau, diese graue, harte Steinwelt, hatte sich da inmitten einer Schöpfung voll Reiz und Schönheit, einer aus Berg und Tal und Wäldern und Weinbergen und einzelnen Gehöften gebildeten lachenden Landschaft hingestellt, wie ein dunkles Kometenmori, wie ein böses Zwang-It, wie ein Despotentron inmitten einer friedlichen Menschengehellschaft, die ohne ihn zufrieden und glücklich wäre. Die Raben flatterten im Morgenlicht drum herum, wie um ein Hochgericht.

Zwischen grauen Mauern schlängelte sich der steile Weg empor; zwischen grauen Türmen rasselte die Zugbrücke nieder; zwischen grauen Mauern eines engen Hofes mußte Meister Brandleucht warten, bis der Schließer gerufen war, der ihm eine Kammer öffnen sollte, wo der Meister sein Arbeitsquartier hatte, wenn es für ihn zu tun gab auf Hohengingen; und zwischen den grauen Mauern dieser Kammer konnte er mitunter eine Stunde lang und länger auf und ab gehen, bis der Kommandant ausgerufen war

und er zu diesem gerufen wurde, um seine näheren Anweisungen zu empfangen.

Es war ein wohlgenährter Herr, der Kommandant, ein alter Stabsseffier mit einem vollwangigen roten Gesicht, mit einer potternartigen breiten Nase und dicken, wulstigen Lippen, die mächtig niederhängen. Man sah ihm an, er hatte ein gutes Leben da oben auf Hohengingen, und doch schien das Leben ihm eine langweilige verdröckelte Sache. Was er sprach, das klang er wie eine Dogma in kurzen, unwirksamen Sätzen aus, als ob es ihn verdröckelte, daß man um jede, zu diesem langweiligen Dasein gehörende Sache noch viele Worte machen müsse.

„Seid ihr's, Brandleucht?“ fragte der Kommandant, den Meister mit einem kurzen Kopfnicken grüßend. „Es ist gut. — Diesmal ist's Nummer fünfzehn! — Habt ihr gefrühstückt?“

„Nein, Herr Oberstwachmeister — es hat Weile damit.“

„Wer ist Nummer fünfzehn?“

„Was geht's euch an? Die Ober liegt da, wenn ihr sie sehen wollt!“

Er deutete auf einen Tisch, auf dem Papiere und Briefschaften lagen. Brandleucht nahm einen großen Brief mit einem Rabbinenstempel daran, der oben lag. Er las:

„Demnach Se. hochfürstliche Durchlaucht, unser gnädigster Herzog unter heutigem Datum nummero das gegen den unter Nummer fünfzehn auf höchsthero Bestung Hohengingen bestrittenen Inculpanten erlassene Urteil und Todesurteil hochfürstlichen Hofgerichts vom 12. November v. Js. zu bekräftigen gerufen, als ergeht an Ihn, Commandanten obbelegter Bestung, der gnädigste Befehl Seiner Durchlaucht, denselben Angefallenen dieses vom Leben zum Tode bringen und nach Vorschrift der Landesgesetze auch ebenfalls Seiner speziellen Instructionen allgleichlich justifizieren zu lassen.“

Nach Seiner hochfürstlichen Durchlaucht gnädigstem Special-Mandat.

Darunter stand der Namenszug eines Geheimen Kabinettsbeamten.

„Weiter sind keine Akten über Nummer fünfzehn vorhanden?“ fragte Brandleucht, nachdem er das Blatt gelesen.

„Was wollt ihr mehr? Geht frühstücken,“ verzeigte der Kommandant lakonisch.

„Ist nichts weiter dabei zu besprechen?“

„Nichts. Alles wie gewöhnlich. Um vier Uhr heute nachmittag. Im hinteren Hof. Ruht euch bis dahin von eurer Reife aus. Laßt euch nichts abgehen!“ verzeigte der Offizier.

„Ich werde zu ihm gehen dürfen, daß ich keinen Vardon bekomme?“

durch die Gänge und Höfe, wo Diener, Schließer und die Soldaten von der Besatzung, die ihm begegneten, scheuen Blicks vor ihm auswichen und dann stehen blieben, um ihm nachzusetzen. Meister Brandleucht war das gewohnt, und es kümmerte ihn nicht mehr und hätte ihm nicht den Appetit an dem Imbiß genommen, den er in seiner Kammer jetzt aufgetragen fand, wenn es nicht die folternde Angst um sein krankes Kind gewesen wäre, was ihm die Reife zuschnürte.

Als es zehn Uhr schlug, verließ er sein Quartier, wandte sich an den Unteroffizier der Wache und verlangte zu dem Gefangenen Nummer fünfzehn geführt zu werden. Ein Feldwebel begleitete ihn, zuerst in einen der hinteren Höfe der Festung; durch eine Art Porterne ging es dann, und von da in ein geräumiges, durch ein vergittertes Fenster ziemlich erleuchtetes, gewöhnliches Gemach. Auf den Steinplatten, womit der Raum belegt war, stand ein Schragen von braunem Eichenholz und auf demselben waren Speizen und gefüllte Flaschen aufgestellt; auch irdene Pfeifen und Tabak fehlten nicht.

Es war die — Sentersmahlzeit!

Brandleucht schritt auf den Mann zu, der im Hintergrund dieses Raumes stand, die Arme auf der Brust verriegelt, die Stirn an die kleinen runden Scheiben des Fensters gelehnt, hinabschauend auf die weite Landschaft, auf die Gotteswelt draußen, das schöne, lachende Stück Erde, das man von diesem Fenster aus überjah und an dem des Gefangenen Auge heute zum letztenmal sich weiden sollte.

Es war ein kräftig gebauter Mann, der sich dem Scharfrichter zuwandte, als dieser ihm näher trat; Brandleucht blickte in ein Gesicht mit offenen gewöhnlichen Zügen; es war wohl ungesprächig nur von der Sonne und Luft stark gebräunt, jetzt hatte es eine fahlbraune, bleiche Farbe, wie die eines Leberkranken; auch war es wohl nur der Einfluß der Haft und dessen, was ihm vorgehen mußte seit der Stunde, worin man ihm sein Schicksal angekündigt hatte, was ihn etwa fünfzig Jahre alt erscheinend ließ; er konnte weit jünger sein, vielleicht nicht vierzig!

„Ihr seid der Scharfrichter?“ fragte er in einem Tone, der ruhig war und doch verriet, daß der Anblick des Mannes, der langsam Schritte auf ihn trat, etwas Erschütterndes für ihn hatte, was ihm schwer wurde, niederzukämpfen. — Brandleucht kannte diese Frage: „Ihr seid der Scharfrichter?“ Wie oft war sie nicht in den verschiedensten Tönen vor ihm ausgesprochen worden, wenn er zu den Unglücklichen kam, die er nach dem alten Brauch um ihre Vergebung ansprechen wollte! Wie oft hörte er den ganzen Charakter des Mannes daraus, der die wenigen Worte sprach — mit erzwungener Lustigkeit, als ob der Scharfrichter nur ein verkleideter Scharfrichter auf einer Maschene und eine lächerliche Sekelt sei, oder mit darüber Unbefähigtheit — leis, mit bebender anglichscher, mit Dienst verhängender Lippe, oder mit einem Aufguck des Entsetzens!

(Fortsetzung folgt.)

nen. Daher war denn auch gestern keine Kritik der Vorlage viel milder als z. B. die des Sachverständigen Abg. Caspers. Er hat sich den Angaben der Regierung in bezug auf die finanziellen Wirkungen der Vorlage gegenüber regierungstroumer erwiesen als selbst die fortschrittliche Volkspartei. Unbegreiflich ist mir auch, wie er sich der Hoffnung hingeben konnte, daß die Interessen der Seelente in Zukunft mehr gewahrt werden würden. Den Antrag der Sozialdemokraten in bezug auf die Darlehen lehnen wir ab. Abg. Schumann hat erklärt, seine Freunde würden bei Ablehnung dieses Antrages sich die endgültige Stellung zu der Vorlage vorbehalten, d. h. also doch wohl gegen die Vorlage stimmen. Da wir nun wünschen, daß die Vorlage abgelehnt wird, so stimmen wir gegen den Antrag. (Heiterkeit b. d. Soz.) Warum übt die Regierung nicht daselbe große Entgegenkommen wie hier gegenüber den Rednern, nicht auch gegenüber den Tabakarbeitern, den Krügerinnen? Nach vor ein paar Tagen hat ein Sozialdemokrat in der Kommission gesagt, die Kapitalisten wüßten nicht wohl mit dem Gelde. Nun, dann mögen sie es doch zum Aufbau der deutschen Handelsflotte anlegen. Gerade die Redner sind die kapitalträchtigsten und internationalsten Kapitalisten. Der Norddeutsche Lloyd und die Hapag sind die stärksten Kapitalisten auf dem ganzen Erdball und denen will man mit solchen Beihilfen ein Geschenk machen! Ein wie glänzendes Geschäft das für diese Leute ist, beweist die Steigerung ihrer Kurse an der Börse. Dieselben Redner haben früher auf Kosten des Reiches Bombengeschäfte gemacht. Jetzt sollen sie mehr geschenkt bekommen im „nationalen“ Interesse als der Wehrbeitrag seinerzeit dem Reich eingebracht hat und zwar auf Kosten der Armen und Vermögenden, die die Kohlensteuer mittragen müssen. Mit Subventionen kann man eine Handelsflotte nicht ins Leben rufen. Subventionen fördern nur den wilden Konkurrenzkampf, und die deutschen Redner werden dann von neuem Millionen und aber Millionen vom Reich fordern. Auch bei diesem handelspolitischen Wettbewerb der Nationen wird man sich schließlich doch über ein Urtum verständigen müssen. Wir können aus allen diesen Gründen der Vorlage nicht zustimmen. (Bravo! bei den Unabh. Soz.) Die Debatte schließt.

§ 1 und § 2 werden angenommen.
Bei § 3 bemerkt
Abg. Waldstein (Sp.) gegenüber dem Abg. Henke, die Redner könne man unmöglich eine starke Kapitalistengruppe nennen. Keine andere Gruppe habe solche Verluste durch den Krieg erlitten wie die Redner. Auch erinnere er daran, daß die Sozialdemokraten seinerzeit den Dampfersubventionen zugestimmt haben. (Widerpruch des Abg. Stadthagen [Unabh. Soz.]) Den Antrag des Zentrums zu diesem Paragraphen kann man nicht annehmen. Man kann nicht ins Geleise hinein schreiben, es bleibt einem späteren Gesetz vorbehalten, ob und wie hoch das Reich an den eventuellen Gewinnen zu beteiligen ist. Wir beantragen daher eine Fassung, die den Grundgedanken enthält, daß falls die Redner eine zu großer Stücke kommen, das Reich an den Gewinnen zu beteiligen ist. Was sie über 6 Prozent an den auf Grund dieses Gesetzes gebauerten Schiffen verdienen, muß ans Reich zurückgeführt werden. Ohne eine solche Bestimmung können wir das Gesetz nicht verabschieden.
Unterstaatssekretär Dr. v. Jonquieres: Dem Vorredner ist darin beizupflichten, daß nicht mehr geachtet soll als notwendig ist, um den Zweck des Gesetzes zu erreichen. Geschenke sollen den Rednern nicht gemacht werden. Die Behauptung des Abg. Henke aber, daß die Redner große Gewinne gemacht haben und eine Gruppe von Großkapitalisten sind, ist durchaus irrtümlich. Auch der Antrag des Abg. Waldstein ist nicht annehmbar. Es würde dadurch ein Moment der Unsicherheit in die Angelegenheit gebracht werden, das den Zweck des Gesetzes gefährdet. Der Hauptzweck des Gesetzes ist, daß möglichst schnell Schiffe gebaut werden.

Abg. Erbe (Marl.): Das Gesetz bedeutet keineswegs ein Geschenk an die Redner, sondern es ist die notwendige Grundlage zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft. Wir brauchen die Handelsflotte, um die notwendigen Rohstoffe hereinzubringen. Wir müssen sozial Schiffe haben, daß wir nicht weiter von England abhängig sind, sondern mit deutschen Schiffen die Massentransporte bewältigen können.
Abg. Stadthagen (Unabh. Soz.): Abg. Waldstein hat behauptet, daß die Sozialdemokratie 1885 für die Dampfersubvention gestimmt habe. Ich habe ihm sofort zugehört, das ist ein Irrtum. Er meinte, solche Anschauungen wie Herr Henke könne nur ein Mann haben, der im Monde lebe. Ich weiß nicht, wo er 1885 gelebt hat. Er hätte ja nur die demographischen Verhältnisse nachzulesen brauchen. Diese seine Behauptung war ebenso un wahr, wie seine Behauptungen aus der Gegenwart über die Lage der Redner. Tatsache ist, daß es sich hier um eine Milliarden-Giebesgabe für die Redner handelt, die trotz der Verluste, die sie vielleicht gehabt haben, noch immer unendlich viel reicher sind als die Leute des Mittelstandes, die auch große Verluste im Kriege gehabt haben. (Sehr wahr! bei den Unabh. Soz.)

Abg. Dell (Zentr.) bittet, es bei den gründlich durchgearbeiteten Beschlüssen des Ausschusses zu belassen.
§ 3 (Anrechnung der Beihilfen auf die späteren Entschädigungen) wird angenommen. Von den Zulassungsanträgen wird nur der Antrag des Zentrums angenommen, eventuell später eine Beteiligung des Reiches an den Gewinnen der Redner gesetzlich festzusetzen.
Den Beihilfen soll der Wert der Schiffe am 31. Juli 1914 zugrunde gelegt werden. Wenn aber die Kosten der Wiederbeschaffung den Friedenswert übersteigen, sollen noch Zuschläge zu den Beihilfen gewährt werden können.
Ein Antrag Ullrich und Genossen (Sp.), die Mindestsätze hierfür zu verändern, wird im Himmelfest mit 126 gegen 115 Stimmen abgelehnt.
Angenommen wird der Antrag Ullrich und Genossen (Soz.), bei Berechnung der Steuer die Nebenvergütungen in Anrechnung zu bringen.
Der Rest des Gesetzes wird unter Ablehnung der dazu gestellten Änderungsanträge in der Fassung der Kommission angenommen, ebenso die von der Kommission beantragten Resolutionen.
Die Tagesordnung ist erschöpft.
Nächste Sitzung Freitag 2 Uhr. (Kleine Anfragen, Nachtragsetz.)
Schluß 6 Uhr.

Zwangshandikate und Rohstofffrage.

Diese Fragen standen am Mittwoch im Hausparlament im Mittelpunkt der Beratung.
Abg. Straßmann (natl.) befragt eingehend die Zwangshandikate, die zu einer neuen Art der Monopolisierung führen müßten. Die Zwangshandikate solle aufeinander neuen Eisenplanen den Weg ebnen. Auf der Freiheit beruhe unser wirtschaftlicher Fortschritt.
Unterstaatssekretär Dr. Helfferich verneint, daß die Handikate lediglich als Kriegsvorkehrungen gedacht wären. Man habe eine richtige Zwangshandikate für Schiffe nur auf wenigen Gebieten durchzuführen. Bisher bei der Schiffs- und bei der Seifenindustrie; bei der Seifenindustrie seien die Vorbereitungen im Gange. Jede handelspolitische Vorkehrung müsse es nach dem Kriege werden, den in dem Hintergrund gedanklichen Betriebes die Möglichkeit zu schaffen, ihre Arbeit wieder aufzunehmen.
Abg. Krieger (natl.) polemisiert gegen den Staatssekretär, der sich Krieger habe, daß diese Zwangshandikate die Rechte der einzelnen Mitglieder völlig beeinträchtigen.
Abg. Hock (Soz.) befragt, daß die Initiative des Staatssekretärs betrügerisch sei. Dieser Krieg bringe eine völlige Umwälzung in der wirtschaftlichen Entwicklung. Das Volk, das in der Entwicklung zurückbleibe, müsse auf dem Weltmarkt in dem Hintergrund stehen. Bei der Zusammenlegung der Reichs- und der Regierung sei immer mit der nötigen Sorge der Sozialdemokraten der Zwangshandikate entgegenzusetzen.

Abg. Liesching (Sp.): Der Krieg habe gezeigt, wie notwendig die Freiheit des Handels und der Industrie ist. Die Ausbeutung des Handels habe direkt zu einer Verwertung der Rohstoffe geführt.

Das Zentrum brachte mittlerweile folgende Resolution ein:
Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, bei Schaffung von Zwangshandikaten sich auf das alleräußerste Maß zu beschränken, sowie darauf hinzuwirken, daß die Leiter der Zwangshandikate bei Ausübung ihrer Wirkksamkeit die Kleinen und mittleren Kreise nach Möglichkeit schonen, und bei den unbedingt notwendigen Einschränkungen den Interessen der einzelnen Landkreise fürsichtvoll Rechnung tragen.
Abg. Simon (Unabh. Soz.): Ohne Zwang gehe es heute nicht. Die Zusammenlegung der Schuhindustrie war eine zwingende Notwendigkeit, wegen des Mangels an Rohmaterial. Die Produktion ist von 120 Millionen Paar Schuhen im Jahre auf 12 Millionen Paar zurückgegangen. Die Arbeiter werden nicht mehr zur Arbeit gehen können, wenn sie keine Schuhe haben.
Ministerialdirektor Müller bestätigt, daß für den Zivilbedarf Leder nicht mehr zur Verfügung stehe. Es soll alles versucht werden, der Schuhindustrie Ersatzstoffe zur Verfügung zu stellen. Wenn genügend Holz beschafft werden könne, dann müssen auch entsprechende Preise gewährt werden. Mit den in Frage kommenden Instanzen werde über die Freigabe von Segeltuch für die Schuhindustrie verhandelt.
Oberleutnant Koeth teilt mit, daß der Bedarf des Heeres an Leder gedeckt sei.
Ein weiterer Antrag des Zentrums, der Fortschrittler und National Liberalen will:

den Herrn Reichskanzler ersuchen, zu veranlassen, daß bei den Verhandlungen über Zwangshandikate oder anderen Zusammenlegungen von Industrien auch Sachverständige des Handels gehört werden.

Abg. Reinath (natl.): Es besteht die Gefahr, daß die Zwangshandikate nach Beendigung des Krieges nicht wieder aufgelöst werden. In der Zementindustrie z. B. bestehen Verträge, die auf einen längeren Bestand abzielen.
Unterstaatssekretär Schwander: Die Volkswirtschaft läßt sich nur nach praktischen Bedürfnissen führen. Wie lange wir die Zwangshandikate nach dem Kriege noch brauchen, kann heute niemand wissen. Wir müssen nach dem Kriege rasch wieder Rohstoffe hereinbekommen, unserem Volke Arbeit und Nahrung schaffen. Mit dem freien Spiel der Kräfte wird dabei nicht auszukommen sein, sondern der Staat muß seinen Einfluß ausüben. Wir schwebt die Bildung von gewerblichen Organisationen mit Selbstverwaltung unter Mitwirkung und Aufsicht des Staates vor. Nur so werden wir die großen Aufgaben zu lösen vermögen. Der Mitwirkung staatlicher Beamten in den Syndikaten, die nicht immer nur die öffentlichen Interessen im Auge haben, werden wir nicht zustimmen können. Ob freie oder Zwangshandikate, läßt sich nicht allgemein beantworten. Es wird von Fall zu Fall unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse zu prüfen sein. Die Zusammenlegungen müssen in eine Hand gelegt werden.

Abg. Graf Westarp (K.): Wenn Zentrumsabgeordnete im Lande behauptet hätten, wir seien am Ende mit unseren Rohstoffen, so sei das eine Übertreibung, der Bedarf des Heeres sei auf weit hinaus gedeckt.

General Scheuch bestätigt letzteres.
Abg. Dr. Pflieger (Z.) hält es für ausgeschlossen, daß Zentrumsabgeordnete sich in der vom Grafen Westarp gerügten Weise geäußert haben.

Abg. Raden (Z.): Graf Westarp hätte besser getan, bestimmte Angaben zu machen, anstatt allgemeine Beschuldigungen gegen Zentrumsabgeordnete zu erheben.

Ein im Laufe der Verhandlungen eingegangener national liberaler Antrag will den Betreffenden innerhalb der Syndikatsverwaltungen einen größeren Einfluß sichern.

Abg. Graf Westarp (K.) hält seine Behauptungen über die Zentrumsabgeordneten aufrecht. Ihm sei das aus Schlesien und aus Bayern mitgeteilt worden.

Abg. Raden (Z.): Dem Abg. Grafen Westarp gegenüber bemerke er, daß es bisher nicht üblich war, gegen eine Partei im Ausschuss Vorwürfe zu erheben, die gar nicht näher erläutert werden konnten.

Damit war die Aussprache erledigt. Die Anträge wurden angenommen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Für Frieden und Freiheit.

Zu einer imponanten Kundgebung für den Verständigungsfrieden und den freiheitlichen Ausbau Deutschlands versammelten sich eine Volksversammlung, die am Dienstagabend in Braunshweig tagte. Der Zutritt zur Versammlung war so stark, daß der große Saal des Wilhelmgartens abgeperrt werden mußte. Unter den Teilnehmern waren die „Unabhängigen“ sowie die Spartakusanhänger sehr stark vertreten. Abg. Schöpplin sprach unter großem Beifall für den Verständigungsfrieden, ebenso auch der Reichstagsabgeordnete im Reichstoge, Abg. Bloss, in einer kurzen Ansprache. Von dem Recht der freien Aussprache machte niemand Gebrauch. Gegen nur fünf Stimmen fand eine Resolution Annahme, die der Friedensfundgebung des Reichstages zustimmt, der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion das Vertrauen ausdrückt, daß sie auch in Zukunft, wie bisher, in energischer Weise für den Frieden eintreten werde.

Diese Versammlung und ihr mustergültiger ruhiger Verlauf erhält besondere Bedeutung durch den Tagesort. In Braunshweig spielen sich seit etwa zwei Jahren ungemein erbitterte Kämpfe innerhalb der Arbeiterbewegung ab, die zu recht häßlichen und die Bewegung schwer schädigenden Auseinandersetzungen geführt haben. „Unabhängige“ und Spartakusanhänger haben dort den Kampf gegen die Partei in der denkbar rücksichtslosesten Weise geführt. Umso höher ist der glänzende Verlauf der Versammlung am Dienstag anzuschlagen und die überragende Tatsache, daß nur fünf von den in großer Zahl anwesenden Anhängern der Opposition gegen die Resolution stimmten. Als Schöpplin am Schluß der Versammlung seiner Freude über den Verlauf Ausdruck gab und auf die notwendige Einheit der Arbeiterklasse angesichts der gewaltigen Aufgaben hinwies, erntete er allgemeinen stürmischen Beifall. Diese Versammlung wird für die Braunshweiger Arbeiterbewegung von vorteilhaftester Wirkung sein, wie sie auch wieder nach langer Zeit die erste ruhig verlaufene Versammlung ist.

Der Kitz im Zentrumsturm unvermeidlich?

Die beiden Richtungen im Zentrum scheinen schlecht auf ein Eintritte kommen zu können. Zu ihrer Einleitung an die „Unabhängigen“ meint es die agrarisch-konjunktive Richtung nicht, mit einer Spaltung zu drohen. Bezeichnend dafür sind einige Auslassungen westfälischer Zentrumsoffene. Das „Westfälische Tageblatt“ hat geschrieben, daß die gefährliche Einheit in der Partei sehr leicht wieder hergestellt werden kann, wenn Ergötzer zur Zurückhaltung veranlaßt werde. Götze hat nicht, dann würde viel auf dem Spiel stehen.

Dazu schreibt das Organ der westfälischen Zentrumsoffene, das Paderborner „Westfäl. Volksbl.“ u. a.:
Die Stimmung in weiten Zentrumskreisen ist tatsächlich eine sehr erregte und sie ist weit gefährlicher, als man an leitender Stelle anzunehmen scheint... wenn nicht alles getan wird, ist der Kitz unvermeidlich.

Der liebe Gott für die Vaterlandspartei.
Die „Niederhöhnhauser Evangelisch-Kirchlichen Nachrichten“, die von dem ersten Geistlichen des Ortes redigiert werden, enthalten in ihrer Nummer vom 2. Oktober diesen herzbrechenden Aufruf:

Und was tust Du für Deutschlands große Stunde?
1. Dein Gold gehört dem Vaterland!
2. Zeichne die 7. Kriegsanleihe!
3. Bist Du schon Mitglied der „Deutschen Vaterlandspartei“? Nein — Nein — Nein? Wie willst Du bestehen? For Deinem Vaterlande — Deinem Gewissen — Deinem Gott?
Also, wer noch nicht Mitglied der Vaterlandspartei ist, der kann in Niederhöhnhausen vor seinem Gott nicht bestehen. An der Himmelstür findet nämlich eine Kontrolle der Mitgliedsbücher statt.

Aus der Partei.

Glückwunsch der japanischen Sozialisten an ihre russischen Genossen. Das Internationale Sozialistische Bureau erhielt aus Tokio (Japan) folgende Entschliessung: „Die im Mai versammelten japanischen Sozialisten enthielten den russischen Genossen ihre Grüße. In Erwägung, daß die russische Revolution einerseits eine politische Revolution der Bourgeoisie gegen den Despotismus ist und andererseits eine soziale Revolution des Proletariats gegen den Kapitalismus darstellt, so halten wir es für eine Pflicht der Sozialisten Russlands und anderer Länder, die Revolution immer mehr auf die Bahn des Sozialismus zu drängen. Der Weltkapitalismus erreicht seine vollste Blüte während der letzten Phase des Imperialismus. Diese Tatsache erzeugt die Notwendigkeit für die Sozialisten, am Programm des Internationalismus festzuhalten und die imperialistische Ideologie zurückzuweisen. Um diese geschichtliche Aufgabe zu erfüllen, muß das internationale Proletariat der Welt seine gesamten Kräfte zusammenschließen und sie gegen den gemeinsamen Feind richten. Wir halten es für die Pflicht aller Sozialisten, Anstrengungen zu machen, dem schrecklichen Krieg zu beendigen und dem Proletariat der kriegführenden Länder beizustehen, den Klassenkampf zu führen. Wir hoffen, daß die russische Revolution vollständig erfolgreich sein wird.“
Tokio, 21. Mai 1917.
Der provisorische Vorstand der Sozialisten-Partei Japans.

Gewerkschaftsbewegung.

Leitsätze der Internationalen Gewerkschaftskonferenz für Arbeiterschutz und Recht. Die Internationale Gewerkschaftskonferenz faßte den Beschluß, an die Regierungen der kriegführenden Völker das Ersuchen zu richten, der Arbeiterklasse in dem Friedensvertrage ein Mindestmaß von Schutz und Rechten zu sichern, das in allen Ländern durchgeführt werden muß. Danach sollten in dem Friedensvertrag Bestimmungen zur Sicherung der Freizügigkeit des Koalitionsrechtes und zur Durchführung des Arbeiterschutzes aufgenommen werden. Die Konferenz hält den Friedensvertrag, der den Weltkrieg einmal beenden wird, für den geeigneten Ausgangspunkt für ein tatkräftiges Zusammenwirken der Völker auf dem Gebiete der sozialen Reform. Sie stelle in dieser Frage eine Reihe von Vorschlägen auf. Die internationale Vereinigung für den gesetzlichen Arbeiterschutz in Basel ist im Friedensvertrag ausdrücklich als das Organ zur Durchführung der Förderung des internationalen Arbeiterschutzes anzuerkennen. Das von ihr unterhaltene Arbeiteramt hat alles sozialpolitische Material zu sammeln und in drei Hauptgruppen herauszugeben. Der Berichterstatter des Ausschusses, Janßen-Deutschland, bezeichnet diese Forderungen als das Mindestmaß, denn alle kriegführenden Länder erlitten so ungeheure Verluste an Volkskraft, daß mit der verbleibenden weisse Hausgehalten werden müsse. Diejenigen Völker würden am schnellsten gefunden, die die Bedeutung der sozialen Reformarbeit nach dem Kriege am tiefsten erkennen und weitgehendere Reformen am schnellsten durchführen werden. — Die Leitsätze wurden von dem Kongreß einstimmig angenommen.

Aus Nah und Fern.

Die Folgen der Kohlennot. Die Kohlennot hat in Königsberg dazu geführt, daß der Vorstand des Stadtverordnetenkollegiums und die Ausschussvorsitzenden eine Veränderung der Geschäftsabbarung des Kollegiums vorschlagen. Danach sollen die Sitzungen nicht länger als zwei Stunden dauern und am Mittwoch von 2—4 Uhr abgehalten werden. Die Redebauer soll mit Ausnahme der Berichterstatter auf nur drei Minuten beschränkt werden. Die Sitzungen der Ausschüsse sollen in der Regel am Sonntag von 11½ Uhr vormittags an stattfinden. Es muß am Licht geparkt werden.

Schiffe von Zement. Die Frage des Zement-Schiffbaues ist aktuell geworden. Ausländische Zeitungen beschäftigen sich mit ihr, da ihnen die Schiffsraumnot auf den Mägen brennt. Das französische Blatt „Journal“ schreibt, das erste Zementschiff werde demnächst in Bordeaux vom Stapel laufen; es verdränge 900 Tonnen Wasser. Ueber den Zement-Schiffbau wird uns nun von sachmännischer Seite folgendes mitgeteilt: Die Idee, Schiffe von Zement zu bauen, ist nicht neu und nicht erst durch den Unterseebootkrieg in die Erscheinung getreten. Schon 1804 wurde die Idee in Deutschland in die Praxis umgesetzt; es wurde in Danzig ein Brahm aus Zement gebaut, der noch heute in Dienst ist. Die Wände dieses Schiffes sind allerdings noch verhältnismäßig dick und es ist anzunehmen, daß neuerdings erhebliche Verbesserungen an diesen Schiffen vorgenommen werden und durch dünnere Wände eine größere Nutzungsfähigkeit erzielt wird. Es wird sich aber immer nur um den Bau von Brahm und Küstenschiffen handeln können. Neuere Meinungen aus den feindlichen Ländern besagen, daß dort Zementschiffe im großen hergestellt werden sollen. Es liegt nahe, daß die Kosten dieser Schiffe erheblich geringer sind als die der Schiffe von Eisen, weil die Zementschiffe nach einem bestimmten Schema gegossen werden können, während bei den Eisenschiffen Platte an Platte gefügt werden muß. Es ist ferner die Herstellung von Zementschiffen als Ausfluß und noch mehr als Bedrohung des U-Boot-Krieges anzusehen.

Die Tsushima-Katastrophe in Tokio. Von dem Kaiser, der vier Stunden dauerte, wurden 138 Personen getötet, 188 verletzt, 217 werden vermisst, 1346 Häuser zerstört und 2088 beschädigt. Der Telegraphen- und Eisenbahndienst ist gestört. In der Provinz wurde noch größerer Schaden angerichtet als in der Hauptstadt. Nach einem Telegramm aus Osaka wurde eine Anzahl Dörfer durch angeschwollene Flüsse überflutet. Man fürchtet, daß eine große Anzahl Menschen umgekommen ist. Die Reisernte lit schwer.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: F. H. Schwarz, Druck Friedr. Meyer & Co. Gmünd in Sied.